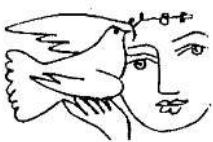
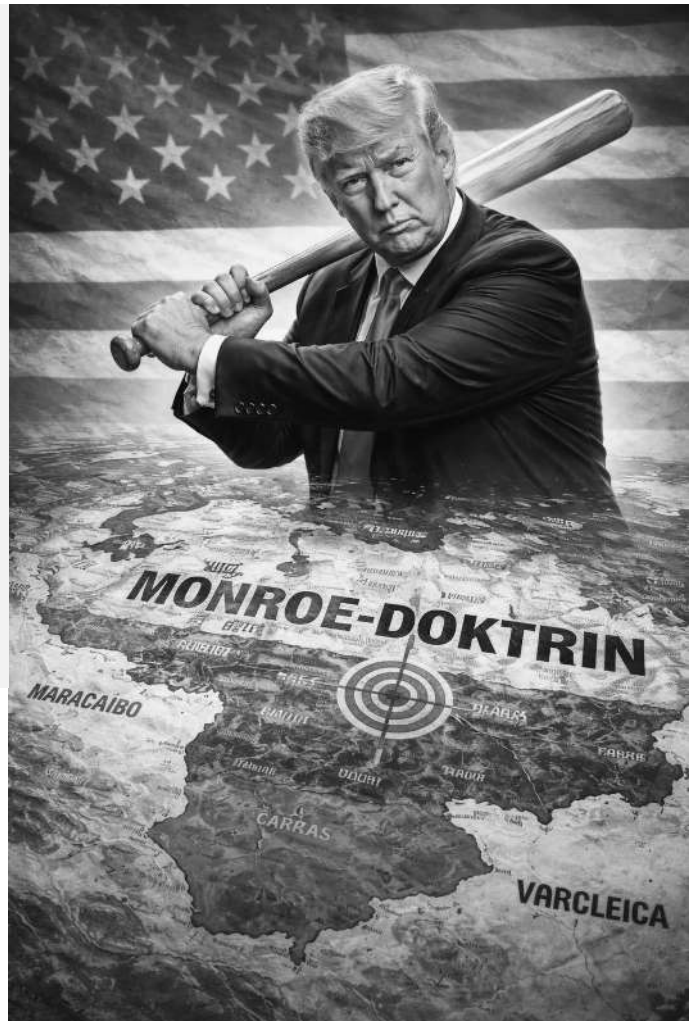


Entgrenzte westliche Kriegspolitik als Reaktion auf Niedergang



- US-Sicherheitsstrategie: Gottes mächtigstes Land – wieder und für immer!
- Venezuela: Wiederbelebung der Monroe-Doktrin
- Kuba: Wirtschaftssanktionen und Solidarität
- Deutschland und die EU: Rückschläge, Rüstungsmilliarden und Sanktionen
- Verantwortung Deutschlands für den Völkermord in Gaza
- Aktionen gegen die Wehrpflicht
- Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung
- Dokumentation des Bundesweiten Friedensratschlages 2025



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. – Feb. 2026 / Nr. 1

Editorial

Inhalt

| | |
|--|----|
| US-Sicherheitsstrategie | 3 |
| Monroe-Doktrin und Venezuela | 7 |
| Kuba: Wirtschaftssanktionen und Solidarität | 8 |
| Auszüge aus Beiträgen Friedensratschlag | 9 |
| Deutschland und die EU | 10 |
| Der Skandal um Jacques Baud | 11 |
| Verantwortung Deutschlands für den Völkermord in Gaza | 12 |
| Die kirchliche Sicht zu Israel-Palästina | 14 |
| Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung | 15 |
| Podium Wehrpflicht und Zwangsdienste | 18 |
| Aktionen gegen die Wehrpflicht | 19 |
| Dokumentation des Friedensratschlages | 20 |

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4.1.26

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233d

In eigener Sache

Wir bitten die Leser*Innen um
Überweisung eines jährlichen Soli-
Beitrages von mindestens 15 Euro.

Eine entsprechende Zahlkarte liegt in
der Ausgabe für Abonnenten bei.

Leser*Innen aus Baden-Württemberg
zahlen direkt beim Friedensnetz.

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2026 beginnt turbulent: Die USA führen einen völkerrechtswidrigen militärischen Angriff gegen Venezuela durch und entführen den Präsidenten Maduro in die USA. Wir sehen diesen Akt als Bestandteil dessen, was wir in dieser Ausgabe unter dem Titel „*Entgrenzte westliche Kriegspolitik als Reaktion auf Niedergang*“ umschrieben haben. Die Begründung für die militärische Aktion gegenüber Venezuela bzw. die vorausgegangene Eskalation mit Wirtschaftssanktionen, Blockaden und kriminellen Übergriffen auf Fischerboote ist nur im „Trump'schen Paralleluniversum“ darstellbar.

Das gilt jedoch nicht für hiesige Politiker und ihnen hörige Leitmedien, wo zaghafte „Besorgnis“ statt eindeutiger Verurteilung dominiert. Doch das kennen wir bereits aus der Behandlung von Israels Gaza-Krieg. Der politische und mediale Umgang mit dem Vorgehen der Trump-Administration gegen Venezuela ist insofern nur eine neue Stufe der vorherrschenden Doppelmoral und Realitätsverweigerung.

Das Vorgehen gegen Venezuela hat mit der Anfang Dezember vorgelegten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) auch eine eindeutige konzeptionelle Grundlage, in der die ganze Janusköpfigkeit der Trump-Administration sichtbar wird. Dem brutalen Vorgehen in Lateinamerika mit der unrealistischen Vorstellung, diesen wieder wie im 19. und 20. Jahrhundert zum „Hinterhof der USA“ zu degradieren, steht eine realistische Einschätzung zur schwindenden Bedeutung der EU und der Relevanz des Ukrainekrieges für die USA entgegen.

Dies hat nach Vorlage der NSS zu empörten Reaktionen in der deutschen Politik geführt, die nach wie vor von Realitätsverweigerung in Bezug auf den Ukrainekrieg geprägt ist.

Das alte Jahr endete damit, dass der von Friedrich Merz und Ursula von der Leyen massiv betriebene Versuch zur Konfiszierung russischer Vermögenswerte bei Euroclear in Brüssel scheiterte. Beängstigend war dabei, dass mit dieser Absicht alle vorhandenen Warnungen auf eine drohende Kern-

schmelze des internationalen Finanzsystems ignoriert wurden.

Ob eine weitere Kreditfinanzierung des korrupten ukrainischen Staates für eine völlig aussichtslose Kriegsführung gegen Russland unter den jetzt gegebenen Umständen möglich ist, ist fraglich.

Sicher ist jedoch, dass das finanzielle Vabanquespiel mit Versuchen einer kriegserischen Eskalation gegen Russland fortgesetzt werden dürfte. Beispielsweise durch die bekundete Absicht Osteuropas, die russische Enklave Kaliningrad zu blockieren.

Das Unverständnis gegenüber dieser selbstmörderischen Politik mit allen Elementen einer konkreten Kriegsvorbereitung führt glücklicherweise aber auch zu mehr Widerstand. Dieser richtet sich nicht nur gegen die Hauptkriegstreiber Merz, Macron und Starmer, sondern auch gegen die vielfältigen Auswirkungen dieser desaströsen Politik, vor allem im sozialen Bereich.

Hinzu kommen Proteste gegen die Kriegspolitik der USA gegenüber Venezuela. Bereits am 3. Januar, unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entführung Maduros, gab es in Berlin, Hamburg und Frankfurt Solidaritätskundgebungen mit jeweils Hunderten Teilnehmern, darunter viele Jugendliche.

Letzteres gilt umso mehr für den Widerstand gegen die Wehrpflicht und Zwangsdienste. Nach den überraschend erfolgreichen Aktionen am 5. Dezember sollen diese Anfang März ihre Fortsetzung finden.

In dieser Ausgabe dokumentieren wir eine kompakte Bandbreite zu den hier genannten Themen. Eine wichtige Quelle sind dabei Vorträge und Diskussionsbeiträge des letzten Friedensratschlages, aus denen wir einige Auszüge in dieser Ausgabe abgedruckt haben. Auf der letzten Seite findet sich dann eine Zusammenstellung der Online verfügbaren Dokumentation.

Wir hoffen, dass die ausgewählten Beiträge damit für die zahlreich anstehenden Aktivitäten des Frühjahrs gutes Hintergrundmaterial bereitstellen, das bei den anstehenden Aufgaben nützlich sein wird.

Karl-Heinz Peil

Grafik auf der Titelseite links: „The Significance of the Monroe Doctrine“
Quelle: www.historyincharts.com/who-wrote-monroe-doctrine/
Grafik rechts: KI-generiert mit ChatGPT

US-Sicherheitsstrategie: Gottes mächtigstes Land – wieder und für immer!

von Werner Rügemer

Der Beitrag erschien am 10.12.25 bei den Nachdenkseiten.

„Make America Great Again“: Diese seine Wahlkampfparole fasste Trump jetzt in einer umfassenden Strategie zusammen. Er gibt sich als Friedensstifter, aber „Frieden“ wie im Nahen Osten ist vor allem Vorwand für neue Investitionen. Mit seiner jüngeren, aggressiveren, global noch wenig präsenten Kapitalfraktion sucht er Lücken in der bisherigen Globalisierung. Die Großkonflikte werden für später aufgehoben.[1]

Grundsätze für die erneute Weltführung

„Amerika bleibt, mit seinen gottgegebenen natürlichen Rechten ... die größte und erfolgreichste Nation der Menschheitsgeschichte und die Heimat des Friedens auf Erden,“ so beginnt Trumps Denkschrift. Diese Führungsstellung der USA soll nach den Fehlern von Regierungen der Demokraten-Partei – Bill Clinton, Barack Obama, Joe Biden – nicht nur wiederhergestellt werden, sondern: Damit „unser Land noch größer wird, als es je war“, stellt Trump folgende Leitlinien auf:

*Militär:

„Um unser nationales Interesse zu schützen, wollen wir das mächtigste, tödlichste und technologisch am höchsten entwickelte Militär der Welt, wir wollen es rekrutieren, trainieren, ausrüsten, einsetzen, Kriege verhindern oder sie notfalls schnell und endgültig gewinnen, mit möglichst geringen Verlusten für unsere eigenen Kräfte.“

*Wirtschaft:

„Wir wollen die stärkste, dynamischste, innovativste, am höchsten entwickelte Wirtschaft der Welt, Grundstein unserer globalen Führung und notwendig für unser Militär, mit der robustesten industriellen Basis, auch für die Militärproduktion.“

*Energie:

„Wir wollen den robustesten, produktivsten, innovativsten Energiesektor der Welt, nicht nur für das amerikanische Wirtschaftswachstum, sondern auch als eine unserer führenden Exportindustrien.“

*Soft power:

„Wir wollen die Vereinigten Staaten weiter erhalten als einzigartige 'soft power', mit der wir unseren Einfluss über die ganze Welt ausüben, für unser nationales Interesse. Nur mit geistiger und kultureller Gesundheit ist langfristige nationale Sicherheit möglich, also mit Religion, Patriotismus, Familie ... Dafür wollen wir unsere Ruhmestaten und Helden in Ehren halten und aufblicken zu einem neuen goldenen Zeitalter.“

Modernisierung der Monroe-Doktrin

Trump beruft sich auf die Monroe-Doktrin: Er aktualisiert sie für die Gegenwart.

1823 hatte der US-Kongress die „Monroe-Doktrin“ beschlossen, benannt nach dem damaligen Präsidenten James Monroe. Er gehörte zu den US-Gründungsvätern. Die Doktrin legt das „Interventionsverbot für ausländische Kräfte“ fest: Die USA, gegründet mit 13 Bundesstaaten an der Ostküste Nordamerikas, inzwischen erweitert auf 24 Staaten, dürfen, so die Doktrin, bei ihrer weiteren militärisch-wirtschaftlich-politischen Expansion auf dem nordamerikanischen Territorium in Richtung Ostküste nicht durch andere Staaten behindert werden! Das richtete sich vor allem gegen die europäischen Kolonialmächte England und Frankreich.

„Nationales Interesse“ nach US-Verständnis und nach der Monroe-Doktrin besagt also: Der Staat USA darf sich mit allen Mitteln über sein bisheriges Staatsgebiet hinaus ausdehnen, auch mit militärischer Hilfe. Wenn andere Staaten die USA daran hindern wollen, darf gegen sie Krieg geführt werden.

Dazu gehörte auch das Recht, auf eroberten Gebieten die Einwohner zu enteignen, zu vertreiben und notfalls zu töten, also auch Völkermord: Er wurde im Gefolge der Monroe-Doktrin 1830 durch den Indian Removal Act eingeleitet (Gesetz zur Entfernung der

Indianer).

Dazu gehörte auch das Recht, Krieg zum Beispiel gegen den Staat Mexiko zu führen, ihm Gebiete abzunehmen, daraus neue US-Staaten wie New Mexico, Kalifornien, Utah, Nevada zu bilden und dort auch die Sklaverei wieder einzuführen, die in Mexiko abgeschafft worden war.[2]

Zusammengefasst: „Nationale“ Sicherheit der USA bedeutet Zugriff nicht nur auf den Staat USA, sondern auf die ganze Erde, im Prinzip auf alle anderen Staaten und mit Praktiken, die in den USA selbst gelten.

Verteidigungsministerium heißt wieder Kriegsministerium

Trump selbst beruft sich namentlich auf zwei wichtige US-Politiker des 19. Jahrhunderts, die für diese strukturellen US-Praktiken stehen:

Alexander Hamilton: Er gehörte zu den US-Gründungsvätern. Er war der erste Finanzminister, gründete die erste eigene US-Bank, erweiterte die Staatsverschuldung und verhängte Zölle auf Importe.

William McKinley: Dieser US-Präsident führte Ende des 19. Jahrhunderts Krieg gegen die Kolonialmacht Spanien; im Sinne der Monroe-Doktrin erweiterten sich die USA um die Philippinen).



Bild KI-generiert mit ChatGPT

nen (US-Protektorat bis 1945), Puerto Rico und Guam (von den USA bis heute annektiert), sicherten sich den Zugriff auf Kuba, besetzten auch die Insel Hawaii und machten sie später zu einem weiteren Bundesstaat.

So haben die USA seit Beginn als einziger wichtiger Staat kein Außenministerium, sondern bis heute ein Staatsministerium: Das „nationale Interesse“ des US-Staats bezieht sich auf jedes von den USA selbst definierte Gebiet der Erde.

Deshalb hatten die USA seit der Gründung auch kein Verteidigungsministerium, sondern ein Kriegsministerium (Department of War): Es wurde erst 1947 in „Verteidigungs“-Ministerium umbenannt, als Beschönigung für die nach dem Zweiten Weltkrieg geführten Kriege und Regime Changes. Aber mit der aktualisierten Monroe-Doktrin hat die Trump-Regierung das Ministerium wieder in *Department of War* rückbenannt, wie zu Monroes Zeit und wie die längste Zeit überhaupt.

Die jüngere, aggressivere Kapitalisten-Fraktion mit ihrer politischen Führungsfigur Trump macht also nichts grundsätzlich Neues, sondern spricht die traditionelle US-Praxis nur offener aus – zurück zu den Anfängen und zu den Praktiken, die sowieso die längste Zeit galten.

Deshalb auch: Der „Kalte Krieg“ ist endgültig zu Ende, heißt es in der National Security Strategy Trumps. Deswegen ist auch Schluss zum Beispiel mit „Entwicklungshilfe“: Jetzt wird investiert! Deswegen ist auch Schluss mit dem Beschönigungsgelaber der „Verteidigung“: Jetzt ist wieder Krieg!

Allerdings: Der „große Krieg“ wird erstmal heruntergeschraubt. Gegen die wichtigsten Gegner Russland und China sollen erstmal die Vasallen in Europa wie in Asien in den nächsten Jahren aufrüsten, aufrüsten und US-Rüstungsgüter kaufen. Sie sollen, wie bisher schon die Ukraine und Israel, zu US-Stellvertreter-Kriegern aufgebaut werden.

Durchdringung der „Westlichen Hemisphäre“

„Was wollen wir in und von der Welt?“, heißt es weiter in Trumps Nationaler Sicherheitsstrategie. Die Antworten sind gegliedert nach den wichtigsten US-Einflussgebieten der Erde und nach der

Rangfolge ihrer Wichtigkeit.

An erster Stelle steht die „westliche Hemisphäre“. Das sind die „reichen Staaten“, der traditionell sogenannte „Westen“, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs von den USA geführt wird: militärisch, aber auch mit Präsenz von Banken, Konzernen, Stiftungen, Beratern, Agenturen, nicht zuletzt auch Geheimdiensten.

Diese Alliierten bzw. Vasallen sollen die USA beim Kampf gegen „Massenmigration, Drogen-Terroristen und andere kriminelle Organisationen“ unterstützen. Das sind die direkt rechtsradikalen Narrative, die für die Trump-Regierung auch in den USA gelten. Real aber geht es vor allem darum: Diese „westliche Hemisphäre“ soll frei bleiben vom Zugriff „feindlicher Kräfte“ auf wichtiges Eigentum. Und die US-Alliierten sollen wichtige Lieferketten schützen und sollen den USA den „dauerhaften Zugang zu strategischen Schlüsselstellungen sichern“.

Die USA sollen auf dieser Grundlage ihre vielgestaltige, umfassende Führungsposition ausbauen können. Die „feindlichen Kräfte“: Das ist vor allem China, das in pragmatischer Einsicht allerdings vorsichtig behandelt und nicht beim Namen genannt wird.

Dass Trump nationalistische, reaktionäre bis faschistoide Kräfte unterstützt, das hat er schon bei der rassistischen, nationalistischen, rechtsextremen Truppe um den ukrainischen Präsidenten Selenskyj gezeigt, ebenso in der fundamentalen Unterstützung für die Regierung seines seit drei Jahrzehnten wichtigsten politischen Freundes, seines „Bibi“ Netanjahu in Israel.

Merz & Co. unterwerfen sich dem mächtigsten Rechtsextremisten der Welt

In Deutschland hat Trump sich die AfD geködert, ok. Darüber regen sich unsere kaputten Führungsmedien auf. Aber seine rechtsextreme Realpolitik zieht Trump ja schon längst mit den führenden Politikern Europas durch, mit Friedrich Merz/Deutschland, Macron/Frankreich, Starmer/England, Tusk/Polen und mit Kaja Kallas und Ursula von der Leyen/EU:

> Verdoppelung der Rüstungsbud-

gets der europäischen NATO-Mitglieder auf fünf Prozent des BIP, mithilfe extremer Staatsverschuldung und mit Sozialkürzungen

> Deindustrialisierung mit Verlagerung von Unternehmensteilen in die USA, mit dortigen hohen Subventionen und niedrigen Energiepreisen

> Zustimmung zu den Zöllen auf Autos, Stahl und Aluminium aus Europa

> noch mehr Käufe von US-Rüstungsgütern und des teuren und zugleich extrem umweltschädlichen US-Frackinggases

> Digitalisierung der EU-Staaten durch die großen US-Digitalkonzerne, die zudem ihre Daten an US-Behörden weitergeben und in den EU-Staaten so gut wie keine Steuern zahlen.

Auch Unterwerfung unter Trumps Israel-Politik

Und nicht zuletzt: Kräftige Unterstützung für den Völkermord und die Enteignungs- und Vertreibungspolitik des rassistischen, nationalistischen, faschistoiden US-Stellvertreter-Kriegers Israel, und jetzt auch Unterstützung für den gefaketen Gaza-„Friedensplan“, unter dem die Vertreibung, Aushungerung, Tötung der Palästinenser weitergeht, im Gaza wie verstärkt in der Westbank.

Europa: Nicht beteiligt an Ukraine-Verhandlungen

Die europäischen US-Vasallen nörgeln daran herum, dass Trump sie an den Waffenstillstandsverhandlungen mit der Ukraine nicht beteiligt. Aber das ist doch die Lage: Die USA haben diesen Krieg seit drei Jahrzehnten vorbereitet, finanziert, 2014 den definitiven Regime Change organisiert und seitdem den Krieg angeführt.

Und dem haben die jetzt nörgelnden Vasallen zugestimmt, haben nach US-Vorgaben immer mehr mitgeholfen. Die USA, mit britischer Hilfe, haben das Militär ausgebildet, haben die meisten Rüstungsgüter geliefert, haben auch darüber entschieden, welche Raketen geliefert werden und welche nicht. Und die USA führen den Krieg der Ukraine auch operativ über die US-Raketen im Weltraum, über US-Geheimdienste und über das Military Command in Wiesbaden.

Auch die asiatischen Vasallen werden hergenommen

Trumps Nationale Sicherheitsstrategie stellt an zweite Stelle den Indopazifik: „Der Indopazifik mit seinen zentralen Seewegen soll offen und frei gehalten werden“ gegen „fremde Akteure, die die amerikanische Wirtschaft schädigen“. „Verlässliche Lieferketten“ sollen ebenso gewährleistet werden wie „der Zugang zu kritischen Materialien“. Dies ist, Verhalten formuliert, gegen China gerichtet und verbunden mit Aufrüstungen und Investitionen der alliierten US-Staaten in Asien.

So zwingt die Trump-Regierung Japan, Südkorea, Taiwan und die Philippinen: Militärbudgets erhöhen! In den USA investieren! Das sind die Staaten der „Ersten Inselkette“, die China am nächsten liegen. Sie sollen wie die europäischen NATO-Staaten ihre Militärausgaben auf fünf Prozent des BIP erhöhen. Sie leiden selbst unter wirtschaftlichem Rückgang wie in Europa vor allem Deutschland, sollen aber auch noch mehr in den USA investieren. Und sie sollen noch mehr US-Militärs aufnehmen, mit direkter Präsenz oder als Berater.

Das gilt in anderer Weise auch für Australien. Übrigens baut dort der „deutsche“ Rüstungskonzern, dessen führende Aktionäre inzwischen aus den USA kommen und der inzwischen die meisten Filialen in den USA betreibt, eine neue Filiale für den Bau von Panzern, die den dortigen Bedingungen angepasst sind.

Naher Osten: Groß-Israel mit arabischen Staaten

In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es an dritter Stelle zum Nahen Osten: „Wir wollen verhindern, dass eine gegnerische Macht im Mittleren Osten eindringt, Zugriffe auf seine Öl- und Gasreserven bekommt und die Engpässe der Seewege blockiert.“

Dazu gehört die Umgestaltung des Nahen Ostens durch Israel, das während des Gaza-Krieges auch seine bisherige Besatzungszone in Syrien ausgebaut hat, ein halbes Dutzend Militärstützpunkte betreibt. Israel bombardiert mit oder ohne US-Zustimmung in Syrien und auch im Libanon, bombardierte den Iran, was die US-Regierung mit der Operation Midnight Hammer zuspitzte.

Das von Trump eingefädelt Gaze-„Waffenstillstandsabkommen“ bringt nicht einmal einen Waffenstillstand, hat die militärische Besetzung des Gazastreifens durch Israel sogar noch erweitert und erkennt keinerlei palästinensische Vertretung an.

Mithilfe der Abraham Accords hat Trump seit seiner ersten Amtszeit schrittweise Golf- und weitere arabische und muslimische Staaten mit Israel (irgendwie) versöhnt und die Unterstützung für die Palästinenser beendet. In Fortsetzung und Vollendung dessen, was auch Demokraten-Regierungen der USA, mit EU-Unterstützung, jahrzehntelang vorbereitet haben: Israel übt im Nahen Ost jetzt nach dem Gaza-Krieg eine (stellvertretende) „imperiale Macht“ aus: Das stellt sogar das führende US-Leitmedium fest, die New York Times: „‘Imperial Israel’ in the New Middle East“: „Israels Zugriff reicht schier überall hin, indem es ständig regionale Feinde bombardiert.“^[3]

So soll mithilfe des US-Stellvertreter-Kriegers der erweiterte Nahe Osten als neues Investitionsgebiet erschlossen werden: nicht nur zunächst der Gazastreifen, und auch die Westbank. Vor allem aber sind die führenden US-Digital-, Rüstungs-, Energie- und Tourismuskonzerne in den Golf-Staaten aktiv. Die müssen ohnehin Abschied von Öl und Gas nehmen, investieren aber Hunderte Milliarden Dollar auch in den USA. So vereinbarte die US-Regierung mit dem Prinzen von Saudi-Arabien, dass seine Staatsfonds mindestens eine Billion (in den USA: „trillion“) Dollar in den USA investieren, auch in Rüstung.^[4]

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) organisierten vom 8. bis 10. Dezember 2025 im Palast des Ölkonzerns Adnoc das nach eigener Aussage „größte Medienevent der Welt“ mit 60.000 Teilnehmern aus 132 Staaten, mit Medienvertretern, PR-Agentu-



ren und Unternehmen in den Bereichen Digitalmedien, Spiele, Musik, Marketing, „um den Journalismus zu transformieren“ – gewiss ein dringlicher Wunsch von Trump, und nicht nur von ihm.^[5]

Globaler Süden: USA noch aggressiver

In Trumps Denkschrift heißt es: „Amerika und seine Alliierten haben bis jetzt noch keinen gemeinsamen Plan für den sogenannten Globalen Süden, auch hinsichtlich dessen riesiger Ressourcen.“ Weiter heißt es, dass Europa, Japan, Südkorea und andere dort zwar sieben Billionen Dollar investiert haben, dass „multinationale Banken“ dort Kredite laufen haben – aber vor allem die USA sind kaum präsent, und China ist längst vorgedrungen.

Traditionell liegt für das US-Imperium eigentlich der lateinamerikanische „Hinterhof“ am nächsten. Aber den haben die von der Demokraten-Partei und ihren Regierungen vor allem geförderten Digitalkonzerne bei ihrer Globalisierung sträflich vernachlässigt, so Trump. Das will er jetzt nachholen, möglichst schnell, punktuell, unsicher. Genauer steht in der Strategie-Erklärung nicht.

Panamakanal

Vergleichsweise leicht zu erfüllen war Trumps Wunsch: Wir wollen Panama wiederhaben, das hat uns doch über 100 Jahre lang gehört! Einen ersten Schritt ermöglichte der inzwischen größte US-Investor BlackRock. Er war zwar eng mit den US-Regierungen von Bill Clinton, Barack Obama und

Joe Biden verbunden, wurde durch sie groß, hat sich aber schnell zu Trump bekannt. BlackRock kaufte Anfang 2025 die beiden Häfen des Panamakanals: So landen die Gebühren in den USA, und die USA kontrollieren die Durchfahrt.

Argentinien: Milliardenhilfe für Kettensäge-Politiker

Wie auch in Europa und weltweit sucht Trump nationalistische, rechtsextreme, auch faschistoide Medien, Partner, Parteien. So förderte er den Elon-Musk-Imitator, den Kettensäge-Neoliberalen Javier Milei in Argentinien: Obwohl der Staat nach der Ukraine zu den am meisten überschuldeten Staaten gehört, bekam er von der Trump-Regierung eine Extrahilfe von 20 Milliarden Dollar, die er von keiner Bank bekommen hätte.^[6]

Venezuela: Militärischer Regime Change

Die Entwicklung Venezuelas zu einem postkolonialen, souveränen Staat, vor allem seit Präsident Hugo Chávez, wurde von allen US-Regierungen bekämpft, mithilfe von NGOs in Venezuela wie auch mit externen Sanktionen, auch etwa mithilfe des US-finanzierten Alternativ-Präsidenten Guaidó, der dann doch keinen Erfolg hatte. Trump will den jetzigen Präsidenten Nicolas Maduro absetzen, hat 50 Millionen Dollar Belohnung für seine Verhaftung ausgeschrieben.^[7] Verschwörungspraktischer Vorwand: Maduro ist der Drogenchef Südamerikas und bedroht damit die „nationale Sicherheit“ der USA.

Dass die Drogen-Verschwörung nur ein Vorwand ist, wird in aller Öffentlichkeit auch dadurch bestätigt: Trump hat Juan Orlando Hernandez begnadigt. Der Ex-Präsident von Honduras war in die USA verschleppt und wegen Drogenhandels zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Jetzt, nach vier Jahren, ist er wieder ein freier Mann – und ein erhoffter Mittäter Trumps in Lateinamerika.^[8]

Afrika und periphere Regionen

Die Trump-Regierung sucht auch weitere Lücken in der bisherigen Globalisierung, in „peripheren Regionen“ auf allen Kontinenten. Überall geht es auch um das Zurückdrängen Chinas. Die ge-

nauen Maßnahmen werden im Strategie-Konzept gerade hier überhaupt nicht erwähnt.

In Afrika geht es zunächst um seltene Erden und andere „kritische Mineralien“, die für den von den Trump-Kapitalisten hochbeschleunigten KI-Hype noch mehr benötigt werden als bisher. Der aufsteigende US-Stellvertreter-Krieger Vereinigte Arabische Emirate – sie beherbergen den für die Golfregion zentralen US-Militärstützpunkt Gulf Air Warfare Center – unterstützen deshalb die terroristische Paramilitär-Organisation Rapid Support Forces (RSF) im Sudan.^[9]

Trump hat wie im bekannten Fall des Gaza-„Friedensabkommens“ die Methode entwickelt, kurzfristig Konfliktparteien zusammenzurufen, „Frieden“ oder „Waffenstillstand“ zu verkünden und dabei für US-Unternehmen aus seinem Umkreis langfristige Investitionen zu sichern – auch wenn die Konflikte weitergehen.

Dies gilt etwa für Armenien mit Aserbaidshan, wo Trump den langfristigen Betrieb des Sangesur-Korridors gesichert hat. Ähnliches gilt für Demokratische Republik Kongo mit Ruanda, für Indien mit Pakistan, für Thailand mit Kambodscha, für Ägypten mit Äthiopien, für Serbien mit Kosovo.^[10]

Die Grenzen von Trumps nationaler Globalstrategie

Die allermeisten Investoren, Unternehmer, Spekulanten, Immobilienhaie im Umkreis Trumps, die vielfach auch in der Regierung vertreten sind, sind bisher global noch kaum vertreten. Der kurzzeitig in der Regierung mitmischende Elon Musk war eine Ausnahme. Trump und sein Schwiegersohn Jared Kushner haben zwar Golfplätze in Schottland, in den Golfstaaten und Immobilien auch in israelischen Siedlungen im Westjordanland, aber sie wollen eben auch mit großen Unternehmensinvestitionen global nachholen. Deshalb suchen sie die Lücken, und deshalb sind sie aggressiver.

Aber sie verschätzen sich – nicht in allen Fällen, aber im Prinzip. Trumps Vorbild an der ungehindert aufstei-

genden Großmacht im 19. Jahrhundert, die direkte Kombination von Militär, Enteignung, Investitionen und Regime Changes im lateinamerikanischen und dann auch asiatischen Hinterhof – das ist Nostalgie.

Sicher, die UNO, die historisch bisher größte Leistung der Menschheit für eine internationale Ordnung, ist in allen wichtigen Kriegen und Konflikten immer hilfloser geworden – aber ja vor allem durch den Mitgründer USA selbst.

Die USA haben von Anfang an immer mehr neben und auch gegen die UNO ihre Kriege und Regime Changes durchgezogen, mit jeweils zusammengerufenen „Koalitionen der Willigen“, oder eben auch ohne solche. Darüber konnte sich Trump bei seinem Auftritt vor der UNO im September 2025 so vordergründig lustig machen, sodass selbst die ansonsten Trump-folgenden deutschen Leitmedien die Fakes erkannten.^[11]

Der von Trump in seiner Denkschrift nebenbei mal erwähnte „Rest der Welt“ hat sich aber schon seit etwa drei Jahrzehnten schrittweise immer weiter selbst organisiert, auch neben der UNO. Dass die USA mit dem korrupten ersten Regierungschef des nachsozialistischen Russlands, Boris Jelzin, dann doch keinen Erfolg hatten, sondern mit der Nachfolgeregierung unter Putin mit einem zunehmend souveränen, wichtigen, immer weiter global vernetzten Staat konfrontiert sind – das war einer der Anfänge für das Ende der US-Vorherrschaft.

Das sollte mit dem US-Stellvertreter-Krieger Ukraine gekippt werden – aber dass das nicht gelungen ist, muss selbst die Trump-Truppe jetzt eingestehen und versucht, daraus noch ein paar Vorteile herauszuholen, zulasten der europäischen „Freunde“.

Vor allem die zudem nicht-militärische, wirtschaftliche, kooperative, global sich schnell erweiternde und vertiefende Multipolarität mit den Formaten BRICS, CELAC (Lateinamerika), FOCAC (Afrika), SCO (Asien), EEF (Ostasien) praktizieren eine Alternativ-Struktur, der die USA nichts mehr entgegenzusetzen haben – was sie aber gerade deshalb umso gefährlicher macht.^[12]

Das "Trump-Korollar" zur Monroe-Doktrin und der Raub an Venezuela

Der nachfolgende Beitrag ist ein Auszug aus einem umfangreicheren Text, der sich ebenso wie der an dieser Stelle des Friedensjournals Vorhergehende auch mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA befasst. **Carlos Fazio** ist ein uruguayisch-mexikanischer Journalist, Schriftsteller und Analyst. **Begriffliche Anmerkung:** Ein **Korollar** ist eine direkte und oft offensichtliche Schlussfolgerung, die sich aus einer bereits bewiesenen Aussage oder Definition ableitet.

Deutsche Fassung: amerika21
(Hans Weber - 28.12.2025)

Durch gezielte Medienleaks und als Teil der aero-maritimen Militäroffensive in der Karibik konstruieren die psychologischen Operationen der CIA die Achse Caracas-Havanna als "Bedrohung" für die nationale Sicherheit der USA.

James Monroe ist präsent, und seine "Doktrin" wurde in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der Vereinigten Staaten wiederbelebt. Darin wird ausdrücklich erklärt, dass dieser konzeptionelle Rahmen aus dem 19. Jahrhundert auf den amerikanischen Subkontinent im 21. Jahrhundert angewendet wird, einschließlich eines "Trump-Korollars", das eine überarbeitete Version 2.0 der veralteten imperialistischen Expansionsstrategie darstellt und mit seinem Epizentrum in Venezuela heute Mexiko, Kolumbien, Brasilien und ganz Lateinamerika sowie deren geostrategische Ressourcen bedroht. [...]

Venezuela stellt somit die größte Herausforderung für diese Doktrin dar:

Aus einem Beitrag von Ignacio Ramonet über ein Gespräch mit Nicolás Maduro (inkl. Foto rechts)

[...] Er kommt zu Fuß, ohne enge Eskorte, nur in Begleitung von vier oder fünf Assistenten und Mitarbeitern. Er wirkt weder besorgt noch abwesend. Er ist in hervorragender körperlicher Verfassung. Er wirkt agil, dynamisch und tatkräftig. Er wird von der sehr jungen Gouverneurin des Bundesstaates, Joana Sánchez, und dem Parlamentsminister, Ángel Prado, begrüßt. Die Mitglieder der Gemeinde, fast ausschließlich Frauen, eilen ihm enthusiastisch und herzlich entgegen. Sie umringen ihn, umarmen ihn und jubeln ihm zu.

> Es unterhält strategische Allianzen mit China, Russland und dem Iran.

> Es kontrolliert kritische Ressourcen, ohne deren Verwaltung an ausländisches oder verbündetes Kapital abzugeben.

> Und es hat Handelsmechanismen entwickelt, die den Dollar und westliche, hegemonische Wertschöpfungsketten umgehen.

Die NSS räumt ein:

"Einige Einflüsse werden angesichts der politischen Annäherung zwischen bestimmten lateinamerikanischen Regierungen und bestimmten ausländischen Akteuren nur schwer rückgängig zu machen sein"

Aus Sicht des Dokuments ist Venezuela ein für die Interessen des US-amerikanischen Imperialismus nicht-funktionaler Präzedenzfall: Es zeigt, dass es möglich ist, eine autonome und souveräne Außenpolitik zu betreiben, selbst unter anhaltendem Druck und Zwangsmaßnahmen. [...]

Neben wirtschaftlichen, handelspolitischen und finanziellen Sanktionen, der militärischen Luft- und Seeblockade in der Karibik, geheimen CIA-Operationen innerhalb Venezuelas und einem kognitiven Krieg mit Schwerpunkt auf Propaganda und Fake News strebt die Trump-Regierung einen Regimewechsel an, will aber auch das im Aufbau befindliche boliviarische Sozialismusmodell außer Kraft setzen. Letztendlich geht es darum zu zeigen, dass kein Land außerhalb der "Ordnung" der selektiven Souveränität bestehen kann.

Während der langen Wochen dieser bedrückenden Krise hat der Präsident mit Mut und Entschlossenheit versucht, seine politische Agenda fortzusetzen. Dies trotz der neuen, strengen Sicherheitsmaßnahmen, die er nun umsetzen muss, und der Tatsache, dass auf seinen Kopf eine Belohnung von 50 Millionen Dollar ausgesetzt ist – für jeden, der zu seiner Gefangennahme oder Ermordung beiträgt.

Quelle (25.11.2025):
de.reseauinternational.net

All dies lässt darauf schließen, dass das Weiße Haus in der Ära Trump die Rückeroberung einer Region ankündigt, die es als ihm aus eigenem Recht zustehend betrachtet, und dabei keinen strategischen Bereich außer Acht lässt. Solange Venezuela jedoch ein nicht funktioneller, aber hartnäckiger Akteur bleibt, wird das Trump-Korollar einen blinden Fleck haben.

Und solange dieser blinde Fleck besteht, wird der amerikanische Subkontinent im Sinne der NSS nicht vollständig "stabil" sein. Die Strategie der USA setzt darauf, dass die Zukunft mit den USA gestaltet wird oder es einfach keine Zukunft gibt. Im Gegensatz dazu setzt Venezuela, ebenso wie Kuba, darauf, dass die Zukunft mit voller Souveränität und organisierter Beteiligung der Bevölkerung gestaltet wird. In diesem Sinne formalisiert die neue NSS die Maßnahmen, die sie bereits seit einigen Monaten mit der Militarisierung der Karibik ergreift. [...]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Trumps Offensive gegen Maduro eine imperiale Strategie offenbart, die sich um den Energiekrieg dreht – das alte geopolitische Handlungsmuster der USA, Energie zu kontrollieren, um die Welt zu kontrollieren – sowie die Besessenheit, das multipolare Projekt unter Führung Russlands, Chinas und der BRICS-Allianz, zu der auch Brasilien gehört, zu unterdrücken. Mit seinem Vorgehen gegen Venezuela greift Trump nicht ein isoliertes Regime an, sondern einen strategischen Dreh- und Angelpunkt zwischen Moskau, Peking und der südlichen Hemisphäre. ..





Der nachfolgende Beitrag ist ein Auszug aus dem Workshop beim Bundesweiten Friedensratschlag.2025

Die USA haben mittlerweile – allein oder zusammen mit den EU-Staaten – gegen mehr als 40 Länder eigenmächtige Embargomaßnahmen in Kraft gesetzt – faktisch gegen ein Drittel der Menschheit. Die am stärksten betroffenen Länder sind ihnen schon seit Jahrzehnten ausgesetzt: Nordkorea, Kuba, Iran und bis vor kurzem Syrien. Venezuela und Russland kamen vor 10 bzw. 11 Jahren dazu. Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban. Mit katastrophalen Auswirkungen.

Gegen diese Länder haben die USA umfassende Wirtschaftsblockaden errichtet. Denen gegen Kuba haben sich die EU-Staaten nicht angeschlossen (müssen deren Umsetzung gemäß dem Anti-Blocking-Statut sogar eigentlich unterbinden) und denen gegen Iran nur teilweise.

Faktisch beteiligen sie sich aber dennoch, da sie und die in der EU ansässigen Unternehmen sich dem Zwang der sog. sekundären oder extraterritorialen Sanktionen unterwerfen, mit denen die USA alle zu erpressen versuchen, US-Embargovorschriften gegen diese Länder einzuhalten.

Zur Lage in Kuba

Die Lage Kubas, dessen Entwicklung uns besonders am Herzen liegt, ist schwieriger, obwohl die Blockade fast einhellig vom Rest der Welt abgelehnt wird.

Die Insel ist bekanntlich seit 1960 mit einer Wirtschafts-, Handels- und Finanz-

Kuba: Wirtschaftssanktionen und Solidarität

von Wiebke Diehl und Joachim Guilliard

blockade konfrontiert und dadurch seit 65 Jahre erheblich in ihrer Entwicklung gehemmt.

Besonders seit den in den 1990er Jahren verabschiedeten Torricelli- und Helms-Burton-Gesetzen. Diese gestatten der US-Exekutive auch ausländische Unternehmen und Banken unter Androhung schwerer Konsequenzen zu zwingen, sich der Blockadepolitik zu unterwerfen. Für Geschäfte, die die US-Behörden als Verstoß betrachten, haben sie z.T. horrenden Summen abgepresst. Die französische BNP Paribas 8,9 Mrd., Commerzbank 718 Mio.

Der wirtschaftliche Schaden für das Entwicklungsland ist enorm. Die kubanische Regierung schätzt die Gesamtkosten zum sechzigsten Jahrestag des Embargos auf über 144 Milliarden US-Dollar. Die jährlichen Schäden werden mittlerweile auf mehr 6 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Das kubanische Gesellschaftssystem kann die humanitären Folgen abfedern, dafür sorgen, dass niemand hungert. Die Versorgungsengpässe sind aber seit der Verschärfung durch Trump wieder massiv, besonders brutal während der Covid19-Pandemie.

Das Land hat auch mit anderen Problemen, wie den Nachwirkungen der Pandemie, einer verschärften Energiekrise, Erdbeben und zerstörerischen Hurrikane zu kämpfen, die die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter zugespitzt haben. Das größte Problem ist die US-Blockade, die unbarmherzig zusätzlich erwürgt.

Wie isoliert die USA sind zeigen die Resolutionen der UN-Generalversammlung mit denen die Blockade seit 1992 Jahr für Jahr als völkerrechtswidrig nahezu einstimmig verurteilt wird, am 29. Okt. 2025 bereits zum 33. Mal. Im letzten Jahr nur 2 Gegenstimmen.

Dieses Jahr kamen die von fünf Regierungen hinzu: Mileis Argentinien, Ukraine, Paraguay, Ungarn und Nordmazedonien. Zwölf Staaten, darunter die EU-Mitglieder Polen, Estland, Lettland und Litauen, enthielten sich.

Dass Kuba materiell nicht in dem Maß von der breiten Ablehnung profitieren kann wie z.B. der Iran, liegt zum einen daran, dass es als Insel direkt vor der US-Küste geografisch sehr ungünstig liegt. Zudem ist Kuba kein wichtiger Erdölproduzent und verfügt auch nicht selbst über viele andere Rohstoffe. Und die Blockademaßnahmen werden mit besonderem Nachdruck überwacht und durchgesetzt – auch gegenüber Banken und Unternehmen von Drittstaaten.

Internationale Kooperation als solidarische Hilfe

Dennoch erhält das sozialistische Land Hilfe. Seit Russland, der bisher wichtigste Partner, selbst mit einem Wirtschaftskrieg konfrontiert ist, kommt die meiste Unterstützung aus China. Es investiert seit dem Beitritt Kubas zur chinesischen „Belt and Road“-Initiative im Jahr 2018 in zunehmendem Umfang in Infrastrukturprojekte – von der Energieversorgung mit Solaranlagen bis hin zur Telekommunikation.

Weiterhin wichtig bleiben auch russische Hilfen in Form von Weizen- und Öllieferungen, sowie der Kuba-Tourismus aus Russland, der von Moskau stark gefördert wird. Vietnam wurde mittlerweile zum zweitwichtigsten Handelspartner Kubas und der wichtigste Kapitalinvestor aus Asien.

Zusätzliche Hilfe gegen Trumps Würgegriff kann Kubas Aufnahme als Partner der BRICS bringen.

Indien hat sich verpflichtet seine Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS in Schlüsselbereichen wie Biotechnologie, erneuerbare Energien, Informationstechnologie, Landwirtschaft und Tourismus auszubauen.

Und die BRICS-Partnerschaft dürfte die Nutzung alternativer Währungen, wie dem chinesischen Yuan und der indischen Rupie erleichtern, sowie die alternativer Finanztransfersysteme. Dadurch könnte die Finanzblockade teilweise durchbrochen und die Transaktionskosten könnten gesenkt werden.

Auszüge aus Beiträgen vom bundesweiten Friedensratschlag 2025

Ein militärisch-industrieller Komplex und seine Folgen

von Ingar Solty

Die gesellschaftlichen Kosten und politischen Konsequenzen der Aufrüstung sind gigantisch. Ein Ende des Niedergangs ist nicht in Sicht.

Die SPD hoffte, mit der Aufhebung der Schuldenbremse für die Rüstung dem Widerspruch Raketen oder Rente, Kampfschiffe oder Kindergärten, Schützenpanzer oder Schulen zu entkommen. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Industrieumbau, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz werden mit der Hochrüstung unter die Räder kommen. Der Grund ist simpel: Die Kosten der Aufrüstung lassen sich zwar in die Zukunft verlagern und zukünftigen Generationen aufbürden, sofern ein großer Krieg verhindert wird und es diese dann noch gibt. Die Tilgung der Schulden aber, die mit der unbeschränkten Kreditaufnahme für die Aufrüstung entstehen, wird aus dem laufenden Haushalt geschehen müssen.

Die Aufrüstung gerät in einen extre-

men Gegensatz zur Verteilung und zur sozialen Gerechtigkeit – genau das, was die Sozialdemokraten mit der Grundgesetzänderung eigentlich verhindern wollten.

Aber auch strukturell verändert die Hochrüstung das Gemeinwesen. Sie macht den Staat erpressbar. Dies wusste Otto Bauer ebenfalls längst, als er den Militarismus vor dem Ersten Weltkrieg kritisierte. Die Hochrüstung vergrößere, schrieb er seinerzeit, nämlich die „Abhängigkeit des Staates vom Großkapital“, woraus sich ergebe, dass der Staat dem Kapital dienstbar werde und dem Kapital für seine Kredite dankbar sein müsse. Die Regierung bedanke sich bei den Großkonzernen durch Willfährigkeit: Sie ermögliche durch Arbeitszeitgesetze eine ununterbrochene Produktion, schmettere die Forderungen der Sozialdemokratie nach dem Achtstundentag nieder und erfülle alle Kapitalbedingungen, wodurch die „Gesundheit der Arbeiter“ geschädigt und die „Zahl der Betriebsunfälle“ zunehme.

Wesentlich ist außerdem: Durch die

Aufrüstung entsteht eine strukturelle Festlegung der deutschen Gesellschaft, die sich später nur schwer politisch korrigieren lässt. Nach innen wird die Gesellschaft von der Aufrüstung abhängig – es werden Geister gerufen, die sie nicht mehr loswird. Am Ende droht, wie in den USA, die Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes. Kommunen würden um Gelder aus den neuen Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des BIP – das entspricht jedem zweiten Euro im Bundeshaushalt – konkurrieren, und die Wiederwahl von Politikern könnte davon abhängen, ob sie Rüstungsproduktion im eigenen Gebiet ansiedeln oder Mittel für die „Kriegstüchtigkeit“ der Infrastruktur sichern.

Ein einmal entstandener militärisch-industrieller Komplex muss ständig neue Gefahren erzeugen, Bedrohungsszenarien über Stiftungen, Denkfabriken und Medien verbreiten und Wege finden, die angeschafften Waffenarsenale zu nutzen oder zu zerstören. Das bedeutet – wie der US-Komplex zeigt – einen Zustand permanenter Kriegsführung.

Was hat Westeuropa zu bieten?

Von Hauke Ritz

Wir haben nicht wie im Nahen Osten große Ölreserven. Wir haben nicht wie China eine Wirtschaft mit einem gigantischen Wachstumspotenzial. Aber Europa hat die Wurzel als Entstehungsort der ersten modernen Weltkultur mit globaler Ausstrahlungskraft. Die Supermächte USA und Russland streiten sich um die Ausrichtung und Interpretation dieser Kultur, wobei Russland eher in einer defensiven Position ist und eigentlich nur seine kulturpolitische Souveränität für sich selbst behalten will, weil andernfalls das Land nicht regierbar wäre.

Aber dadurch entsteht das Problem der Vergleichbarkeit und die USA haben versucht, die Ukraine als Instrument und Rammbock gegen Russland einzusetzen. Das haben sie ja auch in verschiedenen Dokumenten ganz offen geschrieben. Das Ziel dabei wäre gewesen, die amerikanische liberale Interpretation der europäischen Gesellschaft Kultur für ganz Europa ein-

schließlich Russland verbindlich zu machen. Eben dieser Prozess droht jetzt zu scheitern, weil Russland sich nicht hat destabilisieren lassen und seine Balance behalten hat. Dadurch gibt es jetzt diese zwei Formen von europäischer Kultur.

Damit müssten wir uns auch klarmachen, dass wir eine andere Zivilisation sind als die USA. Die USA kommen zwar von Europa, aber unter dem Einfluss ihrer Besiedlungsgeschichte und dem Einfluss einer anderen Geografie dieses Kontinents haben sie eine andere Kultur entwickelt.

Besonders deutlich werden die Unterschiede, wenn es um die Gerechtigkeitsansprüche gegenüber der Gesellschaft geht. Europa steht für eine gerechte, ausgeglichene Gesellschaft, während die USA einem Liberalismus frönen, der auch Ungerechtigkeit und Armut breiter Gesellschaftsschichten zulässt.

Europa hat eine ganz andere Verhältnis zur Kunst, ein ganz anderes Verhältnis zur ästhetischen Erziehung des Men-

schen als die USA. Kunst wird zum großen Teil nur als Unterhaltung angesehen. Der Unterschied zwischen ernster Kunst und Unterhaltungskunst wird dort nicht so gemacht wie bei uns.

Die Amerikaner interpretieren die Welt nach dem Muster von Gut und Böse. Das heißt, sie haben in ihrer gesamten politischen Geschichte immer Feinde außerhalb ihrer Grenzen identifiziert.

Es käme jetzt darauf an, nach dem gescheiterten Versuch zur Ausdehnung des Liberalismus amerikanischer Prägung über ganz Europa wieder ein Bewusstsein davon zu erlangen, was uns von den USA unterscheidet, nämlich die Vision eines europäischen Europas. Denn die EU ist nicht europäisch, denn sie bezieht sich nicht auf die europäische Kulturgeschichte.

Sie bezieht sich weder auf den Humanismus noch auf die Epoche der Aufklärung, nicht auf das 18. oder 19. Jahrhundert. Wir brauchen ein europäisches Europa, das wieder seine Zivilisationsmerkmale ausprägt, die eben anders sind als die der USA.

Deutschland und die EU: Rückschläge, Rüstungsmilliarden und Sanktionen

von German Foreign Policy

Kein Mercosur-Abkommen

Einen ersten schwerwiegenden Rückschlag musste die Bundesregierung auf dem EU-Gipfel kurz vor Weihnachten in Brüssel hinnehmen, als ihr Vorhaben scheiterte, das EU-Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Staatenbündnis Mercosur endgültig unter Dach und Fach zu bringen. Die deutsche Industrie, die aufgrund der jüngsten US-Zölle neue Absatzmärkte sucht, misst ihm erhebliche Bedeutung bei. Dennoch gelang es Berlin nicht, die Widerstände vor allem in Frankreich und Italien zu überwinden, wo Landwirte gegen das Abkommen protestieren.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen konnte daher nicht wie geplant am Samstag zum Mercosur-Gipfel im brasilianischen Foz de Iguazú reisen, um dort die Vereinbarung zu unterzeichnen. Stattdessen schlossen der Mercosur und Japan am Samstag eine Strategische Partnerschaft, die unter anderem eine Ausweitung des Handels zwischen beiden Seiten umfasst.^[1]

Berlin hofft nun, dass Italien seine Einwände zurückzieht und von der Leyen die Unterzeichnung bald nachholen kann, nach Möglichkeit im Januar. Die EU verhandelt seit mehr als 26 Jahren mit dem Mercosur.^[2] Wie lange der Mercosur, der längst auch andere Wirtschaftspartner hat, sich noch hinhalten lassen wird, ist ungewiss.

Kein Zugriff auf russisches Vermögen

Einen zweiten Rückschlag brachte die Weigerung mehrerer EU-Staaten, darunter ebenfalls Frankreich und Italien, der Nutzung des in der EU liegenden russischen Staatsvermögens für ein „Reparationsdarlehen“ an die Ukraine zuzustimmen. Dafür hatten sich vor allem Bundeskanzler Friedrich Merz und Kommissionspräsidentin von der Leyen eingesetzt.^[3] Der Zugriff auf das Eigentum eines fremden Staates hätte grundlegendes internationales Recht gebrochen, Russland zum reziproken Zugriff auf dort liegendes Vermögen von Staa-

ten und Unternehmen aus der EU veranlassen können und nicht zuletzt auch noch die Gefahr mit sich gebracht, die Eigentümer weiterer in der EU liegender Vermögen – darunter solche aus China oder aus arabischen Ländern – könnten diese abziehen, da sie nicht sicher sein könnten, im Fall eines Konflikts zwischen der EU und ihren Staaten nicht gleichfalls alles zu verlieren.^[4]

Das Scheitern des Versuchs, die EU in einen beispiellosen Bruch des Eigentumsrechts zu treiben, ist für Berlin umso schmerzhafter, als die auf dem Brüsseler Gipfel angenommene Alternative – die Aufnahme von Schulden in Höhe von 90 Mrd. Euro für die Ukraine – den Bruch mit der traditionellen deutschen Weigerung erzwingt, gemeinsam EU-Schulden aufzunehmen.

„Den Menschen was abverlangen“

Die jüngsten Rückschläge halten die Bundesregierung nicht davon ab, die Hochrüstung der Bundeswehr mit aller Macht voranzutreiben. Am 17.12.25 billigte der Haushaltsausschuss des Bundestags 30 Rüstungsvorhaben mit einem Gesamtwert von rund 50 Mrd. Euro.^[5]

Am selben Tag kündigte Finanzminister Lars Klingbeil harte Kürzungsmaßnahmen an und bezifferte das Volumen für 2028 auf rund 60 Mrd. Euro. *„Jeder wird spüren, dass wir sparen“*, erklärte Klingbeil; man werde *„den Menschen auch was abverlangen müssen“*.^[6] Grund dafür sind unter anderem Lenkflugkörper des Modells IRIS-T SLM, selbstfahrende Artilleriegeschütze des Typs RCH 155, Transportpanzer der nächsten Generation, Marschflugkörper des Modells Taurus Neo und große Mengen an Munition.

Die Hochrüstung der Bundeswehr



für insgesamt dreistellige Milliardenbeträge bringt nicht bloß den Abriss der altbekannten sozialstaatlichen Sicherungssysteme mit sich, sondern auch neue Spannungen in der EU. Bislang habe sich *„Deutschland um das Geld gekümmert, Frankreich um das Militär“*, heißt es über die innereuropäische Arbeitsteilung, die jetzt ins Rutschen kommt: Berlin strebt für 2029 einen Wehretat von gut 150 Mrd. Euro an, Paris für 2030 einen von 80 Mrd. Euro.^[7] Die Furcht vor einer deutschen Totaldominanz in der EU wiegt schwer.

Lizenz zur Sabotage

Die beispiellose Aufrüstung geht mit einer dramatischen Ausweitung der Befugnisse des deutschen Auslandsgeheimdienstes einher. Berichten zufolge arbeitet die Bundesregierung an einem neuen BND-Gesetz, das nicht nur den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, den Einbruch in Wohnungen zur Installation von Spionagesoftware sowie das Anwerben von Minderjährigen im Alter von 16 Jahren als Quelle erlaubt, sondern auch das gezielte Begehen von Straftaten im Ausland.^[8]

Zudem sollen BND-Agenten in Zukunft neben der Spionage, auf die sie sich bislang beschränken müssen, auch Sabotage begehen sowie sonstige operative Maßnahmen ergreifen dürfen. Die Rede ist von *„operativen Anschlussmaßnahmen“*, vor allem *„solche, die die gegnerischen Angriffsfähigkeiten schwächen“*. Erlaubt sein sollen diese offenbar nicht nur im Ausland, sondern auch auf deutschem Territorium.

Demnach können sie stets gestattet werden, *„wenn geeignete polizeiliche oder militärische Hilfe nicht rechtzeitig erlangt werden kann oder [!] die Maß-*

nahme im Hoheitsgebiet eines fremden Staates durchgeführt werden soll“.^[9]

Wie weit der Spielraum erlaubter Sabotagemaßnahmen reicht und ob er auch Handlungen umfasst, bei denen Menschen zu Schaden kommen, ist nicht bekannt.

Kritik wird nicht geduldet

Die Berliner Kriegsvorbereitungen gehen mit einem rasanten Anwachsen der Repression einher. Am 18.12.25 wurde in Freiburg der ehemalige Schüler Ben-tik S. zu 15 Arbeitsstunden verurteilt, weil er nach dem Besuch eines sogenannten Jugendoffiziers im Februar 2025 an seiner damaligen Schule Pro-test geäußert hatte.

Dabei hatte er in den sozialen Medien mit zwei Bildmontagen angeprangert, dass zum einen die Bundeswehr unter Schülern um Rekruten wirbt, die im Kriegsfall an einer neuen Ostfront sterben könnten, und dass sie zum anderen immer noch extrem rechte Soldaten in ihren Reihen hat.^[10]

Der Fall belegt: Die Bundeswehr toleriert solche Kritik nicht mehr; wer sie

dennoch äußert, muss fürchten, verklagt und verurteilt zu werden.

Mit Sanktionen gegen Journalisten

Kurz zuvor hatte die EU Sanktionen gegen den Schweizer Oberst a.D. Jacques Baud verhängt, der sich mit weithin rezipierten Publikationen zum Ukraine-Krieg einen Namen gemacht hat.^[11] Baud ist dafür bekannt, der offiziellen EU-Darstellung zur Entstehung des Ukraine-Kriegs nicht zuzustimmen und eine davon abweichende Position zu vertreten. Er bestätigt, seine Recherchen nur mit westlichen und ukrainischen Quellen zu belegen, nicht mit russischen – aus der Befürchtung heraus, russische Quellen würden als grundsätzlich unglaubwürdig abgetan.

Die EU – offensichtlich nicht in der Lage, ihm strafrechtlich etwas anzukreiden – wirft ihm vor, „regelmäßig Gast in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen“ zu sein und „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten. Die Sanktionen untersagen unter ande-

rem jeglichen geschäftlichen Kontakt mit Baud. Weil der Schweizer in Belgien lebt, einem EU-Mitgliedsland, ist er jetzt nicht einmal mehr berechtigt, Geld von seinem Bankkonto abzuheben, Lebensmittel zu erwerben und sich von einem Arzt behandeln zu lassen; würden Freunde ihm einen Euro zustecken, begingen sie eine Straftat.

Baud ist nicht der erste Fall; auch gegen den in Deutschland lebenden Journalisten Hüseyin Doğru hat die EU identische Sanktionen verhängt. Die Bundesregierung stimmt dem Vorgehen der EU ausdrücklich zu.^[12]

Gewaltenteilung ausgehebelt

Mit den Sanktionen hat die EU sich ein Mittel verschafft, um eine missliebige Öffentlichkeit abseits des Rechtswegs umfassend auszuschalten – und zwar mit einem einfachen Beschluss der Exekutive. Die Gewaltenteilung, zentrale Grundlage bürgerlicher Demokratien, ist damit in einem ersten exemplarischen Fall faktisch ausgehebelt.

Quellenangaben siehe online-Fassung

Der Skandal um Jacques Baud: Die EU, die „Gedankenverbrechen“ und die Drohungen der Bundesregierung

[...] Wurde mit der Sanktionierung von Baud nun das Blatt durch die EU überreizt? Schließlich ist der Schweizer Ex-Militär und Geheimdienstmann Jacques Baud ein renommierter und für seine seriösen politischen Analysen geachteter Autor. Ihn zu sanktionieren, könnte langfristig zum politischen Bumerang werden, weil der Fall auch bisher duldsamen Bürgern klar machen könnte, wohin die Reise mit dieser EU geht.

Denn anders als zum Beispiel bei Opfern der EU-Sanktionen wie Thomas Röper und Alina Lipp oder dem Journalisten Hüseyin Doğru, die bereits vor diesem Schritt erfolgreich als „umstritten“ markiert und diffamiert worden waren, ist das bei Baud wohl nicht ganz so einfach: Um seine Person könnte sich ein etwas breiteres Band der Unterstützung bilden.

Die Tragweite solcher Sanktionen wegen „falschen“ Meinungen ist im-

mens: Die EU führt hier indirekt den Tatbestand des „Gedankenverbrechens“ ein. Und dieser Tatbestand wird dann nicht einmal vor einem Gericht verhandelt, sondern einfach so verkündet, ohne den „Delinquenten“ auch nur anzuhören. Dieser Abgrund an Rechtlosigkeit und Willkür macht einen schwindelig. Die Dreistigkeit der Umsetzung und die aggressive Verteidigung der inakzeptablen Sanktionen macht sprachlos. [...]

Andererseits: Die entsetzten Reaktionen von vielen Seiten waren im Fall Baud vorauszusehen, das spricht wiederum für einen kalkulierten und vorsätzlichen Akt der Einschüchterung durch die EU, der weit über die Person Baud hinausreicht: Bestrafe Einen, erziehe Hundert – und je geachteter dieser Eine (noch) ist, umso größer die Wirkung.

Nach dem Motto: Wenn wir damit durchkommen, den Bestsellerautor Baud zu sanktionieren, dann können wir ab jetzt auch vielen anderen Andersdenkenden die Gelder sperren und die Reisefreiheit wegnehmen. [...] Die Solidarität mit Baud in den gro-

ßen deutschen Medien ist so gut wie nicht vorhanden – man stelle sich das emotionale Feuerwerk vor, das sie abbrennen würden, wenn Baud ein Bürger wäre, dem Russland die Konten sperrt.

Dieses Verhalten ist erwartungsgemäß, darum aber nicht weniger bedauerlich: Die Solidarität in solchen Fällen sollte sich über inhaltliche Differenzen hinwegsetzen – übrigens auch aus Egoismus: Man könnte sonst der Nächste sein, der wegen einer „falschen“ Meinung ohne Konto und Reisefreiheit dasteht. [...]

Zu der zunehmend auf höchster EU- und Bundesebene entfalteten Einschüchterung von Andersdenkenden passt es, dass eine Umfrage in Deutschland kürzlich (einmal mehr) festgestellt hat, dass die Mehrheit der Bürger hierzulande inzwischen Angst hat, öffentlich ihre Meinung zu sagen.

Die Förderung dieser Selbstzensur ist wohl eines der Motive des „beispielhaften“ Vorgehens gegen Jacques Baud.

Quelle: Nachdenkseiten – Tobias Riegel (23.12.25)

Zur Verantwortung Deutschlands für den Völkermord in Gaza

von Dr. Shir Hever, Geschäftsführer von BIP

Gekürzte Fassung des Redemanuskriptes bei der KoPi-Tagung in Frankfurt a.M. am 5.12.25

Zurzeit schreibe ich ein Buch: „*Die politische Ökonomie des Gaza-Genozids*.“ Ich versuche die Frage zu beantworten, wie der Genozid möglich ist. Wie hat Israel die Kriegsmaschinerie seit über zwei Jahren finanziert? Wie rekrutiert es Hunderttausende Reservisten und importiert Tausende Tonnen an Bomben, Granaten und Raketen?

Die israelische Wirtschaft, die sowohl lebendig als auch tot ist und das endlose Töten in Gaza selbst während der sogenannten Waffenruhe anheizt, bezeichne ich als „Zombie-Wirtschaft“.

Der UN-Bericht von Francesca Albanese „*Von der Ökonomie der Besatzung zur Ökonomie des Genozids*“ ist einer der Berichte, die diese Frage zu beantworten versuchen.

Materielle Unterstützung

Deutschland hat nicht nur Waffen an Israel verkauft. Laut den Berichten des Oberrechnungsprüfers der israelischen Regierung – der die Umsetzung des Staatshaushalts überwacht und einen jährlichen Bericht über die tatsächlichen Ausgaben veröffentlicht – haben deutsche Rüstungsunternehmen zugestimmt, Zahlungen für die Waffen um mindestens ein Jahr aufzuschieben. Sie haben Israel Kredite gewährt, die nicht als Teil der Staatsschulden gemeldet werden und Israels Kreditwürdigkeit nicht beeinflussen.

Deutschland schützte Israel vor europäischen Sanktionen. Deutschland lehnt es ab, Israel aus dem Eurovision Song Contest auszuschließen. Das mag wie eine Kleinigkeit klingen, aber in Israel hat es einen enormen symbolischen Wert. Als koloniale Gesellschaft will Israel sich als Teil Europas betrachten. Kanzler Merz drohte: Wenn Israel nicht teilnehmen darf, wird Deutschland auch nicht teilnehmen.

Noch wichtiger: Deutschland blockierte den Schritt, das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel auszusetzen. Israel erhält die besten Handelsbedingungen, die ein Nicht-EU-Land erhalten

kann. Dies, obwohl die EU-Regeln – speziell Artikel 2 des Assoziierungsabkommens – verlangen, dass das Abkommen mit Ländern ausgesetzt wird, die die Menschenrechte nicht respektieren. Es wurde in der Vergangenheit tatsächlich mit Ländern wie Syrien ausgesetzt.

Obwohl die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten die Aufhebung des Abkommens unterstützt, hindert Deutschland sie daran, eine ausreichend große Mehrheit zu erreichen. Im September 2025 war die Abstimmung in der Europäischen Kommission knapp.

Die Komplizenschaft der USA mit Israels Gaza-Genozid überraschte niemanden. Vielleicht nur das Ausmaß, in dem die Biden-Administration sich für Israel opfern würde. Die Gründe der USA für die Unterstützung Israels bleiben offensichtlich: Als globales Imperium würde eine Niederlage ihres nahöstlichen Stellvertreters einen großen Schlag für die US-Hegemonie bedeuten. Deutschland jedoch ist ein anderer Fall.

Heimtückischer und indirekter als US-Komplizenschaft

Deutschlands Existenz als souveräner Staat ist keine gegebene Tatsache. Sie ist das Ergebnis eines Nachkriegskonsenses. Westdeutschlands demokratische Natur, dezentrale föderale Herrschaft und Trennung von Ostdeutschland galten als Schutzmaßnahmen gegen das Wiederaufleben von gefährlichem Faschismus und Militarismus.

Die deutsche Wiedervereinigung 1990 schwächte diesen Konsens. Doch Westdeutschlands Verfassung – als Verfassung des vereinten Deutschlands übernommen – gilt weiterhin als starker Schutz gegen Extremismus. Besonders Artikel 25 stellt sicher, dass Völkerrecht Vorrang vor nationalen Gesetzen hat.

Geopolitische Ambitionen, NATO-Mitgliedschaft, neoliberale Gier und tief verwurzelte rassistische Ideologie haben Deutschlands Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten und

Völkerrecht fragil und problematisch gemacht. Bestenfalls. Im schlimmsten Fall ist es Lippenbekenntnis.

Ein bequemerer ideologischer und theologischer Rahmen für deutsche Behörden war es, Judentum mit dem Staat Israel gleichzusetzen. Jede Israel-Kritik wird als „Antisemitismus“ gerahmt.

Die Bedeutung Israels für die deutsche Innenpolitik wurde 2008 von Bundeskanzlerin Angela Merkel kodifiziert. Bei einem Besuch in Israel zur Unterzeichnung lukrativer Verträge über den Verkauf militärischer U-Boote an Israel – modifiziert, um Atomraketen zu tragen, wodurch der Atomwaffensperrvertrag verletzt wird – erklärte Merkel: „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“

Diese Staatsräson wurde zum Blankoscheck für die deutschen Behörden. Sie unternahmen antidemokratische Handlungen, ignorierten die öffentliche Meinung und verletzten sogar das Völkerrecht. Dies, obwohl Staatsräson in Deutschlands Gesetzbuch nicht erwähnt wird.

Das Konzept richtet sich hauptsächlich gegen Einwanderer. Es trägt eine implizite Drohung: Um „echte“ Deutsche zu werden, muss man Israel unterstützen. Denn dies definiert die deutsche Identität.

In den Jahren vor dem Gaza-Genozid begann die Gleichsetzung von Israel und Judentum in Deutschland zu zerbröckeln. Das schnelle Wachstum jüdischer antizionistischer Bewegungen in Deutschland, die BDS unterstützen, und die gescheiterten Versuche in Deutschland, BDS zu kriminalisieren, erhöhten das öffentliche Bewusstsein für den Unterschied zwischen Judentum und dem Staat Israel.

Die Spannung zwischen der demokratischen Bundesrepublik als Symbol der Nachkriegszeit und der Unterstützung Israels als Staatsräson stieg über den Bruchpunkt hinaus, nachdem Israel den Genozid begann.

Deutschland wurde der zweitstärkste Komplizen-Staat Israels Genozid nach den Vereinigten Staaten.

Dies manifestiert sich in vielfältigen, unten detailliert beschriebenen Formen. Nicaraguas Anklage wegen Komplizenschaft am Genozid gegen Deutschland brachte die deutschen Behörden zutiefst in Verlegenheit.

Raketensystem Arrow-3: Deutschland finanziert Israel

Von Deutschland an Israel verkaufte Waffen umfassen: Artilleriezünder und Treibmittel, Kriegsschiffe (Korvetten), Panzermotoren und Getriebesysteme, schultergestützte Raketen, Drohnenteile, leichte Maschinengewehre und mehr.

Deutschland finanziert Israels Kriegsmaschinerie auch durch israelische Waffenkäufe. In einem Interview im August 2023 kommentierte Generalmajor Amikam Norkin, dass Deutschlands Kauf des Arrow-3-Systems von Israel sich direkt in israelische Militärmacht übersetzen würde. Durch lebenswichtige finanzielle Zuführung.

2023 stellte die CDU-Partei (damals Opposition) Fragen im Bundestag an die Regierung über Deutschlands Kaufpläne für Arrow-3. Die CDU fragte, ob das israelische Raketensystem seinen Preis rechtfertige. Ob es den deutschen Bedürfnissen entspreche. Ob Alternativen in Betracht gezogen wurden.

Die Regierung antwortete, sie bevorzuge das Arrow-3-System. Hergestellt vom staatlichen israelischen Rüstungsunternehmen IAI (Israeli Aerospace Industries). Obwohl ein Endpreis für die Raketen noch nicht ausgehandelt wurde, sei das Gesamtbudget auf 3 Milliarden Euro begrenzt.

Israelische Beamte lasen die Antwort und passten ihre Forderungen auf 3,5 Milliarden Euro an. Später einigten sie sich auf 4 Milliarden Euro.

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius lud den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant zu Unterzeichnungszeremonien nach Berlin ein. Gallant kam als Ehrengast – nur zehn Tage nach seiner berüchtigten „menschliche Tiere“-Rede.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro kommentierte, Gallants Rede erinnere an Nazi-Sprache. Konnte Pistorius – Verteidigungsminister eines Staates, der stolz auf seine Erinnerungskultur ist – dies wirklich nicht bemerken?

Nicht nur Ökonomie – auch viel Psychologie

Die Frage ist nicht, ob Israel genug Geld hat, um einen Völkermord zu begehen, sondern ob die Israelis bereit sind, eine Verschlechterung ihres Lebensstandards, eine Bedrohung ihres Einkommens und ihrer Zukunft als vorübergehenden Rückschlag hinzunehmen, weil sie glauben, dass bald alles wieder normal sein wird, oder ob sie erkennen, dass Israel niemals zum Status quo der Apartheid und Besatzung zurückkehren wird und dass Völkermord auch Selbstmord ist.

Was macht die israelische Gesellschaft und die politischen Institutionen in Israel zu solcher Brutalität fähig, wie wir sie in den letzten zwei Jahren gesehen haben?

Israel hat seit acht Jahrzehnten schreckliche Gräueltaten gegen Palästinenser:innen begangen: Von der Nakba über Apartheid, Besatzung, Folter, Attentate, Hauszerstörungen, Kollektivstrafen, Aufwiegelung bis zur Entmenslichung.

Wenn wir verstehen wollen, wie Genozid funktioniert, müssen wir Fakten betrachten. Wir müssen versuchen, Emotionen von Vernunft zu trennen.

Tatsächlich hat Israel den Holocaust benutzt, um seine Verbrechen gegen Palästinenser:innen zu rechtfertigen. Entweder mit dem Argument, dass Jüd:innen nach dem Holocaust ein eigenes Heimatland verdienen – und dabei die Rechte der indigenen Bevölkerung außer Kraft setzen. Oder mit dem Argument, dass Israel das jüdische Volk repräsentiert, das ultimative Opfer der Geschichte. Niemand habe das moralische Recht, sie zu kritisieren. Aber diese Strategie basiert auf der Idee, dass Genozid eine rote Linie ist. Eine Linie, die alle anderen Verbrechen – so schrecklich sie auch sein mögen – auf einer anderen Ebene trennt von der Ebene des Genozids.

Sobald Israel selbst Genozid beging, brach die Strategie zusammen. Avraham Burg, ehemaliger Vorsitzender der Jewish Agency und ehemaliger Knesset-Sprecher, schrieb einen Artikel: Nach dem Gaza-Genozid kann Israel den Holocaust nicht mehr benutzen, um seine Existenz zu rechtfertigen.

Der Schlüssel liegt darin zu verstehen, welcher psychologische Prozess die israelische Gesellschaft dazu brachte, die strategische Bedeutung des Genozid-Tabus zu ignorieren.

Der Punkt ist: Die israelische Gesellschaft hat den Glauben entwickelt, dass Israel tun kann, was immer es will. Sie glaubt, Israel unterliege nicht denselben Regeln wie andere Länder.

Ein ähnliches Gefühl gibt es in den USA. Dort basiert es auf der Macht, die die USA als Welthegemon haben. In Israel basiert es auf der Komplizenschaft des Westens, besonders Deutschlands. Deutschland weigert sich, Israels wiederholte Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte zu kritisieren.

Die ökonomische Bedeutung deutscher Komplizenschaft

Millionen Israelis dachten: „Wir wissen, dass Netanyahu ein Lügner ist. Wir wissen, dass in Gaza eine Linie überschritten wurde. Aber wenn Deutschland bereit ist, die Augen zu verschließen, haben wir vielleicht eine Chance. Vielleicht wird alles vergessen werden.“

Es gab ihnen die Hoffnung: Wenn Gaza vollständig ausgelöscht wird, gibt es keine Überlebenden mehr, die aussagen können.

Israel verhindert sogar jetzt, dass internationale Journalisten Gaza betreten, um zu berichten. Diese Berichte würden Israels Legitimität in der Welt direkt beeinträchtigen und mehr Boykotte verursachen.

Deutsche Medien akzeptierten die von Israel auferlegten Beschränkungen kleinmütig. Sie präsentierten weiterhin einen verzerrten Bericht über den Genozid. Dies gab Israelis die Hoffnung, dass Israel der Rechenschaftspflicht entgehen könnte.

Obwohl jeder Aspekt der israelischen Wirtschaft vom Krieg betroffen ist – und wichtiger noch, von der Erkenntnis, dass die aktuelle Krise eine existenzielle für die Zukunft des israelischen Kolonialismus in Palästina ist – gibt es immer noch Israelis, die sich verhalten, als wäre alles normal. Sie kaufen Häuser, schicken ihre Kinder zur Schule, schreiben sich an der Universität ein. Sie planen die Zukunft unter der Annahme, dass Israel 2026 in

einem ähnlichen wirtschaftlichen und diplomatischen Status sein wird wie 2022.

Diese Täuschung wird von Deutschland genährt.

Aktives Leugnen, Verbergen und Rechtfertigen von Gräueltaten

Deutsche Behörden verboten palästinensische Veranstaltungen. Sie untersagten Experten und Zeugen, nach Deutschland einzureisen oder über den Genozid zu berichten, sogar via Zoom.

Realitätsverleugnung, Rechtfertigung von Kriegsverbrechen bei gleichzeitigem Leugnen dieser Verbrechen, Versagen bei der Durchsetzung deutschen Rechts und illegale staatliche Repression einschließlich Gewalt gegen palästinensische Solidarität rissen Risse in Deutschlands Bild der liberalen Demokratie.

Die deutschen Medien kooperieren mit israelischen Medien bei der Übertreibung des deutschen Antisemitismus.

Sie präsentieren ihn als unmittelbare und tödliche Bedrohung für Juden in Deutschland.

Trotz der Tatsache, dass in den ersten zwei Jahren des Genozids kein einziger Jude in Deutschland ermordet wurde, während viele Juden in Israel ermordet wurden, beginnen Mediengespräche in israelischen und deutschen Medien oft damit, Angst zu verbreiten. Wie gefährlich es geworden sei, in Deutschland jüdisch zu sein. Wie wesentlich Israel als jüdischer sicherer Hafen bleibe.

Ich möchte den Anstieg des Antisemitismus in Deutschland nicht unterschätzen. Die Regierung und der Bundestag machen offen antisemitische Aussagen, indem sie den Staat Israel als Vertreter des jüdischen Volkes behandeln. Indem sie deutsche Jüd:innen als „Gäste“ statt als vollwertige Bürger:innen behandeln.

Kanzler Merz machte widersprüchliche Aussagen, weil die deutsche öf-

fentliche Meinung sich stark gegen israelische Waffenexporte wandte. Dennoch gab Merz gleichzeitig pro-israelische Aussagen ab und genehmigte weiterhin Exporte.

Herkunftsländer von Waffenimporten nach Israel von 2020 bis 2024

(kumulierte Werte)

USA: 66%

Deutschland: 33%

Italien: 1%

Quelle: Statista, 5.12.2025

Am bemerkenswertesten: Als Israel im Juni 2025 den Iran angriff, erklärte Merz, Israel erledige Deutschlands „schmutzige Arbeit.“

Diese Aussage zog inländische Kritik nach sich, weil sie nicht als Staatsräson verteidigt werden konnte. Ganz im Gegenteil: Sie interpretierte israelische Aggression als Dienst an deutschen Interessen.

Friedensratschlag 2025: Aus dem Manuskript von Ulrich Duchrow zur kirchlichen Sichtweise

[...] Wenn man das Gesagte zusammenfasst, stellten wir an die Kirchen und Gemeinden folgende Forderungen.

1. Nehmt intensiv an dem weltweiten ökumenischen Bekenntnisprozess teil – z.B. durch die Seminare und synodale Entscheidungsprozesse.
2. Wenn möglich, organisiert dazu Solidaritäts- und Lernbesuche in Palästina. Die Partnerkirchen und Kairos Palästina bieten dazu Unterstützung an.
3. Leute von der Basis der Gemeinden und Gruppen sollten nicht locker lassen, ihre Kirchenleitungen zu solidarischem Handeln aufzurufen, vor allem auch dazu, öffentlich die Stimme zu erheben.
4. Vor allem aber sollten die Kirchenleitungen dazu aufgerufen werden, bei den Regierungsstellen und in der Öffentlichkeit zu fordern, dass Deutschland ab sofort die Waffenlieferungen stoppt und im Übrigen alle weitere Kooperation mit dem Staat Israel davon abhängig machen, dass

dieser das Völkerrecht einhält.

5. Außerdem sollten die Kirchen klar fordern, dass in Zukunft bei der Antisemitismusbekämpfung nicht die Arbeitsdefinition für Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zugrunde gelegt wird, die auch legitime und notwendige Kritik am Staat Israel als Antisemitismus verleumdet. Vielmehr soll die Jerusalem Declaration als Maßstab herangezogen werden.

6. Konkret sollten die Kirchen die Versammlungs- und Redefreiheit verteidigen und sich vor PalästinenserInnen und mit ihnen Solidarische stellen, wenn diese in Demonstrationen gegen den Völkermord in Gaza oder in Universitäten von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden grundgesetzwidrig angegriffen werden.

7. Vor allem aber sollten die Kirchen mit nichtzionistischen Juden und Jüdinnen Kontakt aufnehmen, die bisher aus dem christlich-jüdischen Dialog ausgeschlossen waren. Speziell sollten sie Gruppen und Personen von *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten.

8. Schließlich sollten sie sich an einem Konsultationsprozess beteiligen, den KPS gerade vorbereitet, in dem es darum geht, Judentum von Zionismus unterscheiden zu lernen. [...]

Wie wichtig kritische jüdische, christliche und kirchliche Stimmen international sind, ergibt sich schlicht daraus dass Israel ohne die bedingungslose Unterstützung durch die USA, Europa und insbesondere Deutschland seine Völkerrechtsverbrechen stoppen müsste. [...]

Wir Europäer brauchen nicht auf die USA zu warten. Israel bezieht zwei Drittel seiner wirtschaftlichen Tätigkeiten auf Europa. Wenn Europa alle seine Wirtschaftsbeziehungen zu Israel abbrechen würde, würde Israels Wirtschaft zusammenbrechen. Der Hauptschritt dazu wäre die Aussetzung des Assoziierungsabkommens durch die EU. Es ist also eine Schande, dass besonders Deutschland dies bisher gestoppt hat. Druck von unten mit allen gesellschaftlichen Akteuren wie christlichen und gewerkschaftlichen Bewegungen wäre also dringend erforderlich. Wird auch die Friedensbewegung in solchen Bündnissen mitmachen?

Überlegungen zur weiteren Strategie der Friedensbewegung

Strategie in Zeiten der Eskalation: Ein Diskussionsbeitrag zur Zukunft der Friedensbewegung

Autoren: Reiner Braun, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Karl-Heinz Peil, Peter Wahl. (Fassung vom 9.12.2025)

Inmitten eskalierender globaler Spannungen, massiver Aufrüstung und der zunehmenden Marginalisierung friedenspolitischer Perspektiven stellt sich die Frage nach einer zukunftsfähigen Strategie der Friedensbewegung dringlicher denn je. Dieses Diskussionspapier, verfasst von langjährigen friedenspolitischen Akteuren, bietet keine fertigen Antworten, sondern lädt ein zum offenen Dialog: über Differenzen hinweg, aber mit dem Ziel gemeinsamer Handlungsfähigkeit.

Ausgehend von einer kritischen Bestandsaufnahme des Ukrainekriegs und der internationalen Ordnungsskifte skizzieren die Autoren Reiner Braun, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Karl-Heinz Peil und Peter Wahl Herausforderungen und Perspektiven für eine breiter verankerte, vielfältige und wirksame Friedensbewegung. Angesprochen werden u.a. Fragen der Bündnispolitik, der gesellschaftlichen Verankerung, des Umgangs mit politischen Kontroversen sowie konkrete nächste Schritte.

Der Text versteht sich als Beitrag zu einer sachlichen Debatte und als Impuls zur dringend notwendigen strategischen Neuorientierung.

1. Ziel des vorliegenden Textes

Fast vier Jahre nach dem Ausbruch des Ukrainekrieges und den Aktionen der Friedensbewegung ist eine bewegungspolitische Bilanz dringend notwendig. Ziel des vorliegenden Textes ist deshalb, eine Diskussion über die weitere Strategie anzustoßen. Der Text ist nicht als Konsenspapier gedacht, auf das man sich einigen müsste. Vielmehr ist er ein Beitrag der Autoren zu einem Dialog, in dem Gemeinsamkeiten und Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden, ohne Differenzen unter den Teppich zu kehren.

2. Zur politischen Ausgangslage

2.1. Der Krieg in der Ukraine bleibt von seiner geopolitischen Tragweite her der gefährlichste Konflikt. Er birgt ein

enormes Eskalationspotential. Seine Ursachen sind komplex und liegen in einer langen Eskalationsgeschichte, die mit der NATO-Osterweiterung, dem Assoziierungsvertrag EU-Ukraine (2007), der NATO Beitrittsperspektive für Kiew („open door“ 2008) begann. Alles Schritte, die unmittelbar die Sicherheitsinteressen Russlands berühren. Dann kamen Euro-Maidan, Krim-Krise, der Low intensity war im Donbass ab 2014 und die Sanktionspolitik. Nachdem diplomatische Vorstöße Russlands zu Verhandlungen 2021/2022 abgelehnt worden waren, war der russische Einmarsch eine qualitativ neue Stufe in der Eskalationsleiter. Auch danach drehte sich die Spirale weiter, so mit der Transformation des Krieges in einen Stellvertreterkrieg und der Annexion der besetzten Gebiete durch Russland. Inzwischen ist er zum Weltordnungskrieg geworden.

2.2. Die NATO/Koalition der Willigen haben bisher jegliche Diplomatie und Kompromisse tabuisiert. Die EU ist vollends zu einem militaristischen Projekt auf Basis russophoben „Fanatismus“ geworden, in dem „unsere ganze Politik durch die Brille der Sicherheitspolitik“ betrachtet wird (v.d. Leyen). Vor dem Hintergrund der neuen, multipolaren Weltordnung steckt sie ökonomisch in einer „existentiellen“ (Draghi-Report) Strukturkrise.

Mit Wagenburgverhalten versucht sie a. von ihrem ökonomisch-technologischen Abstieg abzulenken und b. Rüstungskeynesianismus zur Krisenbewältigung zu nutzen. Hinzu kommen die zunehmende Distanz zu den USA, die durch die neue Sicherheitsstrategie der Trump-Administration noch einmal drastisch vertieft wird, sowie intern eine enorme politische Instabilität. Die Vielfachkrise wird enorme Konflikte bei Sozialem, Umwelt, Wirtschaft und Demokratie auslösen. Die „europäische Welt“ verliert dramatisch an Bedeutung. Die Dynamik im internationalen System verschiebt sich von West nach Ost und Süd.

2.3. Das betrifft auch die Industrialisation Deutschland. Die Bundesregierung(en) haben eine atemberau-

bende Aufrüstung sowie die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche in Gang gesetzt und streben wieder einmal Großmachtstatus an („stärkste konventionelle Armee Europas“). Das droht auf Jahre hin die bestimmende Determinante der Politik zu werden und entsprechende Pfadabhängigkeiten nach innen (Rüstungskeynesianismus) und nach außen (permanente Konfrontation) zu erzeugen.

2.4. Die herrschende Strategie ist jedoch beträchtlichen Widersprüchen ausgesetzt. Dazu gehört derzeit an prominenter Stelle der von den USA vorgelegte Friedensplan, bzw. seine Folgen und die Konsequenzen aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. Beides kommt in einer Situation, in der Kiew militärisch in aussichtsloser Lage ist, ökonomisch mit dem Rücken an der Wand und demographisch vor einem Desaster steht.

Der US-Plan ist von geopolitischem Realismus geprägt und reflektiert deshalb in den zentralen Konfliktpunkten – territoriale Fragen, NATO-Mitgliedschaft, Sicherheitsgarantien – die militärischen Kräfteverhältnisse. Sie sind, wie immer, der entscheidende Faktor für das Verhandlungsergebnis, auch wenn es vielen schwerfällt, das zu akzeptieren. Darüber hinaus enthält er vernünftige Vorschläge zur gesamt-europäischen Sicherheit und strategischem Gleichgewicht (New START).

2.5. Kiew steht vor der Wahl, die zentralen Punkten zu akzeptieren, oder bei Fortsetzung des Krieges über kurz oder lang noch schlechtere Bedingungen hinnehmen zu müssen.

2.6. EU und Bundesregierung würden am liebsten den Krieg fortsetzen, in der Hoffnung, die USA wieder voll auf ihre Seite zu ziehen und Russland eine strategische Niederlage zuzufügen. Deshalb versuchen sie den Plan zu hintertreiben. Doch auch hier gilt: Wollen und Können sind zwei verschiedene Dinge.

2.7. Im September 2026 sollen US-Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden stationiert werden. Die Gegenkampagne muss dementsprechend zu einem Schwerpunkt der Friedensbewegung werden.

2.8. Der Gaza/Nahostkonflikt hat ungeachtet seiner Brutalität geopolitisch nicht das gleiche Gewicht. Zudem ist die Involviertheit unseres Landes und der EU weitaus geringer. Beide haben kaum Einfluss, die machtpolitisch entscheidenden Akteure sind USA und Israel sowie der Iran. Die erste Phase des 20-Punkte-Plans hat das massenhafte Töten beendet. Wenn es keinen Rückfall gibt, dürfte das zu einer Herabstufung auf der internationalen Agenda führen.

Dies gilt umso mehr, wenn weitere Punkte umgesetzt werden sollten. Dass Gaza anders als die Ukraine mehr Protest gerade auch unter der Jugend mobilisiert, beruht darauf, dass Israels Vorgehen in ein einfaches moralisches Schema von Täter und Opfer passt. Beim Ukrainekrieg ist das komplizierter und es ist den Bellizisten gelungen, die Täterrolle ausschließlich Putin zuzuweisen. Dabei kommen auch alte Feindbilder und Aggressionsmuster wieder hoch.

2.9. Solange der Ukrainekrieg heiß ist, wird der **Kernkonflikt der multipolaren Weltordnung** – die Rivalität China-USA – im Hintergrund bleiben. Im Zollkrieg hat Trump bereits erfahren, dass Peking nicht mehr klein zu kriegen ist. Es gibt daher Signale aus Washington in Richtung Koexistenz. Das würde aber ein Einfrieren der Taiwan-Frage erfordern. Wie bereits in der Ukraine hat der Westen hier Möglichkeiten die Kräfteverhältnisse unterhalb der Schwelle zum Krieg zu seinen Gunsten zu verschieben (Waffenlieferungen, völkerrechtliche Aufwertung Taipehs etc.). Peking kann nur auf innenpolitische Veränderungen in Taiwan setzen. Falls das ohne Erfolg bleibt, besteht ein hohes Kriegsrisiko.

3. Wo steht die Friedensbewegung?

3.1. Angesichts all dessen besteht eine dramatische **Diskrepanz zwischen friedenspolitischen Herausforderungen und der Stärke der Friedensbewegung**. Es gibt neue Fragen, auf die es noch keine Antworten gibt. Darüber hinaus erweist es sich als sehr schwierig, in die Mitte der Gesellschaft auszustrahlen und jüngere Generationen zu erreichen. Zudem gibt es politische Spaltungslinien, kulturelle Unterschiede und organisatorische Fragmentierung. Eine nüchterne Analyse der Großaktionen

2025 belegt die Defizite.

3.2. Hinzu kommt, dass erstmals seit 150 Jahren ein erheblicher **Teil der extremen Rechten für Kooperation und Koexistenz mit Russland** eintritt. Umgekehrt konzentriert sich das grünlinke-linksliberale Lager einschließlich der Gewerkschaften und Kirchen seit Jahren auf den Kampf gegen die AfD und mobilisiert dafür Hunderttausende Menschen. Früher friedenspolitisch aufgeschlossen oder sogar Teil der Friedensbewegung, zählen sie jetzt zum bellizistischen Mainstream. Das gilt selbst bis in Teile der Linkspartei hinein. Hier liegt ein neuartiges Dilemma für Friedenspolitik und die Friedensbewegung.

3.3. International hat der **Gazakrieg** in Frankreich, Italien, UK oder Spanien Hunderttausende mobilisiert, die Opposition gegen den Ukrainekrieg ist aber – Ausnahme Italien – schwächer als bei uns.

4. Friedenspolitische Herausforderungen

4.1. Oberziel ist die politische und soziale Verbreiterung der Friedensbewegung. Nicht um jeden Preis, aber als reformpolitisches Projekt zur Erneuerung und Stärkung solidarischer und nachhaltiger Strukturen in unserem Land. Sie muss sich angesichts der existentiellen Bedeutung ihres Gegenstandes über eine linke Bewegung weit hinaus in die Mitte der Gesellschaft verankern.

Die politische und soziale Linke ist ein unverzichtbarer Teil der Bewegung und kann gern spezifisch linke Ansichten, wie z.B. den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg u.ä. thematisieren, so wie es legitim ist, pazifistische, religiöse, antimilitaristische u.a. Weltverständnisse zu vertreten. Aber niemand kann seine jeweilige Position für die Bewegung als Ganze reklamieren. Notwendig ist daher eine Kultur der Kooperation, die durch sachlichen, nicht emotionalisierenden Umgang mit Differenzen gemeinsame Handlungsfähigkeit ermöglicht.

Dazu ist es notwendig, Räume für den Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen zu schaffen. Die drei wichtigsten Kontroversen beziehen sich auf den Umgang mit Russland (tendenziell auch China), das Thema

„Rechtsoffenheit“, sowie das Verhältnis zu Parteien.

4.2. Zum **Umgang mit Russland** dürfte es nicht so schwer sein, einen modus vivendi zu finden, schließlich gelang das früher auch mit der Sowjetunion, obwohl sich damals eine einflussreiche Strömung in der Friedensbewegung sogar offiziell mit Moskau identifizierte. Nach außen hin ist das Thema für die Bellizisten jedoch umso wichtiger, denn es geht dabei um die Funktion und Wirkung dämonisierender Feindbilder und Bedrohungsnarrative zwecks Erzeugung von „Kriegstüchtigkeit“. Ohne die Beschwörung des ‚Reichs des Bösen‘ verliert der Bellizismus seine wichtigste Legitimationsbasis. Hinzu kommt, dass ein totales Feindbild Russland in der globalisierten Welt es unmöglich macht, in globalen Fragen wie Klimaschutz mit dem größten Flächenland der Erde zu kooperieren. Der Feindbildproduktion widerspricht zudem auch die Gründungsidee der Vereinten Nationen, wie auch die Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit.

4.3. Schwieriger ist die **Kontroverse um sog. „Rechtsoffenheit“**. Weniger wenn es um die AfD geht, wo es weitgehend Konsens ist, sich abzugrenzen. Es geht um die aus der Corona-Zeit stammenden Proteste. Aus dieser Bewegung sind heute viele Vertreter friedenspolitisch engagiert. Ihre Positionen sind weitgehend identisch mit denen der traditionellen Friedensbewegung, ihre strategischen und taktischen Überlegungen durchaus unterschiedlich.

Hier plädieren wir für Offenheit und Akzeptanz, solange ihre Positionen auf humanistischer Grundlage beruhen, sowie für Pragmatismus unter Berücksichtigung der Bedeutung dieser Kräfte, bei zugleich faktenbasiertem und differenzierendem Umgang. Zur Abgrenzung gegen rechtsradikale Einflüsse gilt: Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lehnen wir ab. Deshalb gibt es keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften, und sie können auch nicht Teil unserer Bündnisse sein. Das ist in allen Aktionsaufrufen deutlich zu machen.

4.4. Eine Friedensbewegung, die nicht auf **Kooperation mit Parteien**

oder Teilen von Parteien angewiesen ist, weil sie genug Druck von unten entfalten kann, wäre schön. Aber die Verhältnisse sind nicht so. Wenn man die Kräfteverhältnisse in SPD, Linkspartei und evtl. den Grünen verändern will, muss man sich mit ihren friedenspolitisch offenen Vertretern und Gruppen einlassen.

Vor allem die Regierungspartei SPD ist derzeit wichtig, zumal es intern eine relevante, friedenspolitische Opposition (Erhard-Eppler-Kreis) gibt. Nicht im Bundestag vertretene Parteien, die eine eindeutige Friedenspolitik verfolgen, sollten als Kooperationspartner akzeptiert werden, wobei ihre direkt parteipolitischen Interessen im Hintergrund zu bleiben haben.

4.5. Höchste Priorität ist auf die **Kooperation mit Gewerkschaften** zu legen. Das Thema Kanonen statt Butter wird ganz groß werden. Bereits jetzt gibt es innergewerkschaftlich organisierte Kerne, mit denen Kooperation möglich ist. Dabei sind angesichts der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführungen und der Unterstützung des Rüstungskeynesianismus keine kurzfristigen Erfolge zu erwarten.

4.6. Im Vergleich zu den 1980er Jahren ist die **politische Bedeutung der Kirchen** zurückgegangen, u.a. wegen der Missbrauchsskandale. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in ihrer jüngsten Denkschrift den bisherigen Kurs drastisch verändert und ist an den herrschenden Bellizismus herangerückt. Dennoch sind die Kirchen immer noch ein relevanter Akteur und durch einige Organisationen und Initiativen mit der Friedensbewegung verbunden. Bei den Amtskirchen ergeben sich ähnliche Herausforderungen wie bei den Gewerkschaften. Auch andere religiöse Gemeinschaften (Muslime) sind für die Friedensbewegung zu gewinnen bzw. einzubeziehen.

4.7. Notwendig ist ein Zugehen auf **Sozial- und Jugendverbände**. Das gilt erst recht nach den erfolgreichen Aktionen/Schulstreiks gegen die Wehrpflicht im Dezember 2025. Dabei ist allerdings die Mehrheit der Organisationen im Ring Politischer Jugend und im Bundesjugendring derzeit nicht für die Friedensbewegung zu gewinnen. Ausnahmen sind u.a. die SDAJ oder die SJ Die Falken.

4.8. Die **Klima- und Umweltbewegung** befindet sich in der Defensive. Eine, wenn auch nicht die einzige Ursache, ist die Absorption von politischen Problemlösungskapazitäten der Politik durch Krieg und Militarisierung. Die massive Aufrüstung macht es faktisch unmöglich, das Erd- und Klimasystem wirkungsvoll zu schützen.

Der Bellizismus richtet sich damit gegen die Interessen der Jugend und zukünftiger Generationen. Es ist zu sondieren, welche der vielen Organisationen - neben den Naturfreunden - offen für Kooperation sind. Z.B. Greenpeace, das zumindest vom Namen her dazu prädestiniert wäre, aber ebenso wie andere Umweltverbände stark von grünen Funktionären dominiert wird, was zu einer Selbstblockade führt.

4.9. Damit zusammen hängt das Problem, **jüngere Generationen** zu gewinnen. Die traditionelle Friedensbewegung wird mit ihrer derzeitigen Altersstruktur in zehn Jahren weitgehend verschwunden sein. Es gibt hier keine einfachen Lösungen. Elemente wären, das Thema Wehrpflicht stark zu machen, sowie eine Anpassung an die Kommunikationspraktiken jüngerer Generationen, Stichwort Social Media. Es bleibt aber auch richtig, dass jede Generation ihren eigenen, auch unabhängigen Zugang zur Friedensbewegung finden muss.

4.10. Erfolgreiche Phasen der Friedensbewegung hatten immer die starke **Unterstützung der Kulturszene**. Hier herrscht gegenwärtig ein großes Defizit. Gefragt ist dazu eine zielgruppenorientierte Strategie.

4.11. Die **internationale Kooperation** muss intensiver werden. Gemeinsame Aktionen auf EU-Ebene sind unabdingbar. Aufrüstung und Militarisierung finden parallel in fast allen europäischen Ländern statt, mit den gleichen sozialen etc. Auswirkungen. Deshalb stehen die Friedenskräfte dort vor ähnlichen Herausforderungen wie wir. Zugleich ergeben sich Kooperationsmöglichkeiten über regionale Initiativen (z.B. Ostsee-Konferenz, Grafenwöhr). Auch eine Wiederbelebung der Volksdiplomatie mit Russland ist notwendig.

4.12. Die Umbrüche in der Weltordnung, Konflikte und Kriege werfen neue und komplizierte Fragen auf. Daher sind Kenntnisse historischer Ursachen von Konflikten, von nuklear-strategischen Zusammenhängen und andere neue Bedrohungsformen notwendig. Dazu sind entsprechende Bildungsangebote u.a. geeignete Instrumente zu stärken, um im „Kampf um die Köpfe“ zu bestehen.

5. Nächste Schritte

5.1. Vor dem Hintergrund des hier knapp skizzierten Panoramas gilt es, realistische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Ressourcen – personell, finanziell, organisatorisch – sind sehr beschränkt und müssen strategisch gezielt eingesetzt werden. Aber es wäre ohnehin ein subjektivistischer Kurzschluss zu meinen, soziale Bewegung ließe sich vom grünen Tisch aus stark machen. Von viel größerem Gewicht werden die realen Prozesse in der Gesellschaft und international sein, auf die wir – und selbst eine Bundesregierung – nur bedingt Einfluss besitzen, auf die aber geschickt zu reagieren, ein entscheidender Erfolgsfaktor ist.

5.2. Als Einstieg sollten Gespräche zwischen den verschiedenen Sektoren stattfinden, um Gemeinsamkeiten mit Hinblick auf die weitere Strategie auszuloten, aber auch sachlich über die Differenzen zu reden. Insbesondere sollte der Dialog in Richtung Gewerkschaften, Kirchen, Umweltbewegung und Anti-Wehrpflichtkampagne/Jugend entwickelt werden. Angeregt werden sollte, die Strategiedebatte auch in den Regionen und in größeren Foren zu führen.

Auf Bundesebene sollten Vereinbarungen über weitere Schritte in strömungsübergreifender Kooperation und/oder abgesprochener Arbeitsteilung geführt werden. Diese sollten nicht nur Aktionen/Demos umfassen, sondern auch Publikationen, Seminare, öffentliche Veranstaltungen etc. (s. Punkt 4.12.)

Unberührt davon bleiben die etablierten oder bereits geplanten Aktionsformen – Ostermärsche, Aktionstage gegen die Wehrpflicht, Regionalaktivitäten zur Raketenstationierung (Grafenwöhr, Wiesbaden etc.)



Foto: wsws.org

Auszug aus der redaktionell bearbeiteten Transkription des Video-Mitschnittes – von Karl-Heinz Peil

Julian Eder (Moderation)

Die öffentliche Debatte zur Wehrpflicht läuft schon seit langem und sehr intensiv. Gestritten wird aber in der Regel nicht darüber, ob die Wehrpflicht wieder eingeführt werden sollte, sondern darüber, wie schnell, in welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise. Wir wollen hier nicht darüber diskutieren, ob die Wehrpflicht eingeführt werden sollte. Es ist ziemlich klar, dass wir alle dagegen sind. Wir sprechen jetzt darüber, wie wir diese Wehrpflicht verhindern können. Der Widerstand gegen die Wiedereinführung des Zwangs zum Kriegsdienst hat in ganz Deutschland in unterschiedlichsten Bereichen schon längst begonnen.

Andrea Hornung (SDAJ):

Es wird uns weiter erzählt, wir müssten der Gesellschaft was zurückgeben über einen Kriegsdienst oder über ein Gesellschaftsjahr. Und auch das ist eine Lüge. Wofür sollen wir was zurückgeben? Für die kaputten Schulen, in denen wir sitzen, für die zerstörte Umwelt, für die Stellenstreichungen, unter denen wir leiden, für den Ausbildungsplatzmangel? Uns wird erzählt, wir sollten die Demokratie verteidigen. Dabei ist es der Krieg, der den Demokratieabbau erfordert.

Wir erleben, wie die Palästina-Demos massenhaft verboten werden und wir jede einzelne einklagen müssen, damit wir demonstrieren können. Wir erleben, wie die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit immer weiter eingeschränkt und abgebaut werden.

Und mit der Wehrpflicht soll eben

Friedensratschlag Podium „Wehrpflicht und Zwangsdienste“

jetzt die ganze Gesellschaft weiter militarisiert werden, wie es schon seit Jahren und Jahrzehnten passiert, wie die Bundeswehr ja auch mit Schulen und Hochschulen verpflichtend zusammenarbeiten muss, wie jetzt in Bayern auch Zivilklauseln verboten werden. Und wir sollen eben auch als Kanonenfutter angeworben werden, im Zweifelsfall im großen Krieg auch sterben.

Tom (Linksjugend Solid)

Es zeigt sich, dass die bisherige Propaganda in den Schulen, also der Bundeswehr, im Kino, auf Social Media usw. nicht dazu führt, dass ein größerer Teil der Jugend kriegstüchtig ist. Im Gegenteil, es gehen immer weniger Menschen zur Bundeswehr. Und die Wehrpflicht ist sehr simpel darauf gerichtet, das zu kompensieren. [...]

Wir brauchen eine Schule, in der es um Emanzipation geht, statt dafür zu lernen auf den Russen zu schießen. Das kann man jetzt für alle weiteren gesellschaftlichen Bereiche ausführen. Ich meine, dass sich dieser Kampf deswegen deshalb lohnt, weil es auch eine massive Möglichkeit dafür ist, dass man in sehr breiten Bündnissen mit einer doch etwas weitreichenderen Perspektive und Verständnis von Frieden zu einer neuen Stufe an Verallgemeinerung von Friedensbewegung, kämpferischer Bewegung in Deutschland und darüber hinaus kommen kann. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen.

Greta (Die Falken)

Unsere Jugendorganisation organisiert nicht nur Jugendliche, sondern eben auch schon Kinder. Ab sechs Jahren und auch schon im frühen Kindesalter ist der Krieg ein Thema. Sie bekommen mit, wenn man ihnen ernsthaft erklärt, dass Entscheidungen getroffen werden, die sie ganz konkret selber betreffen und sind dafür auch bereit auf die Straße zu gehen. Und ich glaube auch, dass es ein großer Moment ist, um auch viele junge Menschen zu politisieren, weil diese Frage der Wehrpflicht und der Bundeswehr ganz konkret eine Frage zwischen den

Jugendlichen und dem Staat ist. Welches Verhältnis möchte man da einnehmen? Und viel konkreter stellt sich die Frage von Sozialismus oder Barbarei, um eine linke Perspektive an Jugendliche heranzutragen.

Ich denke, dass das nicht nur für Einzelpersonen und Jugendliche gilt, sondern auch für andere Jugendverbände. Besonders die Meinung zu der Wehrpflicht geht innerhalb von Jugendverbänden sehr weit auseinander. Viele sind sich einig, dass ein Pflichtdienst schlecht ist. Aber es ist schwierig, sich auf fundamentale Kritik an Krieg und Militarismus zu einigen.

Till (ver.di-Jugend)

Der Ausbildungsplatzmangel schafft für viele Jugendliche eine Perspektivlosigkeit, die jetzt von der Bundeswehr genutzt wird, um mit vermeintlich attraktiven Angeboten Jugendliche anzuwerben. Die Bundeswehr ist allerdings kein guter Arbeitgeber, sofern es einen solchen überhaupt gibt, sondern dort sind psychischer Missbrauch, Rassismus, Sexismus und verbale wie manchmal körperliche Gewalt an der Tagesordnung. Krieg ist eben nicht ein Job wie jeder andere. Einen Kollegen zu töten hat nichts mit unseren Interessen als Arbeiter zu tun, egal ob er aus Russland oder China oder sonst woher kommt.

Gleichzeitig droht uns mit der Einführung der Wehrpflicht als Beschäftigten auch ein Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen und unsere Arbeitsplätze. So können Wehrpflichtige nach dem Wehrpflichtmodernisierungsgesetz auch in ziviler Infrastruktur eingesetzt werden, sofern diese als kriegsrelevant gilt. So werden genau die Bereiche, wo schlechte Arbeitsbedingungen durch miese Bezahlung oder Stellenabbau vorhanden sind, wie beispielsweise im Krankenhaus, bei der Post oder in der öffentlichen Verwaltung, mit billigen Arbeitskräften mutmaßlich ohne Streik und vernünftige Arbeitnehmerrechte aufgefüllt werden. Dadurch wird der Lohndruck für uns Normalbeschäftigte nochmal merklich angezogen.

Bundesweiter Schulstreik: 55.000 gegen die Wehrpflicht!

von Andrea Hornung

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht waren ein voller Erfolg: Mehr als 55.000 Jugendliche waren bei den Streiks am 5.12. in mehr als 100 Städten auf der Straße – trotz Repression und Einschüchterungsversuchen. „Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!“ und „Nie, nie, nie wieder Wehrpflicht“ hörte man auf den Straßen in ganz Deutschland.

Die Schülerinnen und Schüler haben damit deutlich gezeigt, dass sie von den Plänen der Bundesregierung nichts halten und sich nicht im Krieg verheizen lassen wollen. Nachdem der Bundestag am 5.12. das sogenannte „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ beschloss, kündigten sie für den 5.3. den nächsten Schulstreik an. Der 5.12. ist zum Auftakt einer neuen antimilitaristischen Jugendbewegung geworden.

Das „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“

Anlass für die Proteste war der Beschluss des „Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes“ am 5.12. im Bundestag. Demnach bekommen ab dem 1. Januar 2026 alle 18-jährigen Fragebögen zu Motivation und Eignung für den Kriegsdienst. Männer müssen die Fragebögen beantworten.

Ab 2027 kommen verpflichtende Musterungen hinzu. Die Bundesregierung hat bereits klargestellt: Wenn sich nicht genug Freiwillige melden, dann kommt die Pflicht. Und das, obwohl die große Mehrheit der Betroffenen die Wehrpflicht ablehnt.

Umfragen an Schulen ergaben, dass vielerorts mehr als 80%, teilweise sogar weit mehr als 90% der Schülerinnen und Schüler gegen die Wehrpflicht sind. Sie fühlen sich nicht gehört von der Politik, die sie in kaputten Schulgebäuden sitzen lässt, ihnen eine zerstörte Umwelt hinterlässt und sie jetzt auch noch zum Kriegsdienst zwingen will.

Es wächst die Erkenntnis, dass es im Kapitalismus grundsätzlich nicht um die Interessen von Jugendlichen geht, sondern immer um Profite.

Organisation durch lokale Schulstreikkomitees

Allein in Berlin waren über 10.000 junge Menschen auf der Straße. Selbst in kleineren Städten wie Friedberg oder Marburg waren es Hunderte, darunter sogar Grundschülerinnen und Grundschüler. Organisiert wurden die Proteste von den Jugendlichen selbst, die in den letzten Wochen Schulstreikkomitees in Städten und Schulen aufgebaut hatten und oft das erste Mal selbst politisch aktiv wurden. Allein in Göttingen nahmen an den Vorbereitungstreffen des Schulstreikkomitees bis zu 90 Schülerinnen und Schüler teil. Sie organisierten Verteilungen, Bannerdrops, klebten Plakate und standen am Freitagmorgen als Streikposten vor den Schulen. In Kiel fuhr das Streikmobil, ein Auto mit Plakaten und Megafon, von Schulhof zu Schulhof und mobilisierte noch unentschlossene Schülerinnen und Schüler zum Streik. Unterstützt wurde die Bewegung von SchülerInnenvertretungsstrukturen wie der LSV NRW, der LSA Berlin oder der KSV Kiel. Eine besonders aktive Rolle spielte vielerorts die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), aber auch die Falken, die linksjugend solid, der Internationale Jugendverein (IJV) und viele weitere politische Organisationen. Auch wir als Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ riefen zu den Schulstreiks auf.

Repressionen in Rostock und Halberstadt

Während Verteidigungsminister Boris Pistorius am Donnerstag zu den Schulstreiks erklärte, dass „Jeder in diesem Land für und gegen alles demonstrieren kann“, sah die Realität anders aus. In Rostock drohte die Versammlungsbehörde mit Kontrollen der Freistellungen der Schülerinnen und Schüler und verlegte die Kundgebung dann eigenmächtig. In einer Schule in Halberstadt wurden die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule eingesperrt, um sie davon ab-



zuhalten, streiken zu gehen. Bildungs- und Kultusministerien in ganz Deutschland versandten Briefe an Schulleitungen, in denen sie klarstellten, dass unentschuldigte Fehlstunden, die Note 6 oder sogar Verweise die Folge der Teilnahme an den Schulstreiks seien. Die Schülerinnen und Schüler bewiesen Mut und gingen dennoch auf die Straße. Sie argumentierten: „Was sind schon ein paar Fehlstunden gegen 180 Tage Töten Lernen oder im schlimmsten Fall sogar sterben?“ Und auch die GEW und viele Lehrerinnen und Lehrer solidarisierte sich mit den Schulstreiks.

Nächster Streiktag am 5.3.2026

Nach dem 5.12. muss es nun darum gehen, aktiv zu bleiben. Ronja Ruh von Schulstreik gegen Wehrpflicht erklärte: „Wir bleiben laut, bis die Wehrpflicht vom Tisch ist. Wir werden jedem Schritt zur Einführung der Wehrpflicht etwas entgegensetzen.“ Bis zum nächsten Streiktermin am 5.3. muss es darum gehen, Schulstreikkomitees in weiteren Schulen und Orten zu gründen, gegen Bundeswehrwerbung an Schulen und für bundeswehrfreie Schulen aktiv zu werden und am 5.3. mit noch mehr Schülerinnen und Schüler auf die Straße zu gehen. Als Friedensinitiativen sollten wir sie dabei unterstützen und ihre Stimme auch auf den Ostermärschen zu Wort kommen lassen.

Dokumentation: 32. Bundesweiter Friedensratschlag 2025

Auf der Homepage friedensratschlag.de sind alle vorliegenden Texte und Video-Mitschnitte des Friedensratschlages zusammen gestellt.

Textfassungen

Ingar Solty: Wirtschaftlicher Niedergang und Kriegs-Keynesianismus

Überarbeiteter und erweiterter Text des Vortrages vom 8.11.25, der am 18.11.25 als Beitrag in der Berliner Zeitung erschienen ist – siehe auch Auszüge auf Seite 9).

Ulrike Eifler: Im Sturm die Segel richtig setzen

Externe Quelle: UZ

Wiebke Diehl und Joachim Guillard: Wirtschaftssanktionen und internationale Solidarität

Vollständiges Manuskript (siehe auch Auszüge auf Seite 8)

Ralf Krämer: Hochrüstung und Sozialabbau

Vortragsfolien und Fazit

Lühr Henken: Deutsche Hochrüstung und US-Raketenstationierung

vollständiges Manuskript

Podiumsrunde: Wehrpflicht und Zwangsdienste

Redaktionell bearbeitete Fassung der automatischen Transkription (siehe auch



Foto: Podium zu Wehrpflicht und Zwangsdienste

Auszüge auf Seite 19)

Hauke Ritz: Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt

Redaktionell bearbeitete Fassung der automatischen Transkription – siehe auch Auszüge auf Seite 9

Ulrich Duchrow: Internationale christliche Solidaritätsarbeit für Palästina im Kontext von Apartheid und Völkermord

vollständiges Manuskript – siehe auch Auszüge auf Seite 14

Andrea Hornung: Wie können wir die Eigendynamik jugendlicher Aktivitäten gezielt unterstützen?

vollständiges Manuskript – siehe auch den nach dem 5.12. verfassten Beitrag auf Seite 19

Video-Mitschnitte

Eröffnungsplenum mit: Ingar Solty | Michael von der Schulenburg | Helga Baumgarten | Ulrike Eifler

Diskussionsrunde mit Ingar Solty und Michael von der Schulenburg

Podiumsrunde: Wehrpflicht und Zwangsdienste

Vortrag von Hauke Ritz

Abschlussplenum mit Barbara Heller | Reiner Braun | Christoph von Lieven | Michael Müller

Abschlusserklärung zum 32. Friedensratschlag

Aktionsreiche Wochen liegen hinter uns. [...] So trafen sich nun bereits zum 32ten mal, um die 500 Aktive der Friedensbewegung beim jährlichen Friedensratschlag am 8. und 9. November 2025 in Kassel. [...]

Die Proteste der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Sozialabbau stoßen auf den Widerstand derjenigen, die an Aufrüstung verdienen und den Sozialabbau gutheißen, das sind Rüstungskonzerne und Regierung. Die drohende Wehrpflicht und die umfassende Militarisierung der Gesellschaft erfordern starke Protestformen.

Aktionen für ein Ende des Krieges in der Ukraine, der Militäraktionen gegen Venezuela und Lateinamerika sowie Proteste gegen Israels Kriege und gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung mit hier lebenden Pa-

lästinensern müssen verstärkt werden.

Die Friedensbewegung ist gefordert, aufzuklären, Fakten gegen Propaganda zu setzen und ihre Arbeit dort zu verstärken, wo die Auswirkungen der Kriegspolitik die Menschen ganz direkt betreffen, wie in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, den migrantischen Organisationen, bei den im Gesundheitswesen Arbeitenden, an Hochschulen und Schulen.

Die Militarisierung wird als ‚Sicherheitspolitik‘ propagiert, dabei untergräbt sie die Sozial-, die Gesundheits- und Bildungspolitik, sowie die Infrastruktur. Sie schädigt den Lebensraum der Menschheit und den Klimaschutz massiv.

Die Politik der Kriegsvorbereitung geht einher mit Diffamierung und Repression von staatlicher Seite. Dage-

gen muss die Friedensbewegung Solidarität und Widerstand organisieren.

Friedensfähigkeit ist das Ziel. Wir rufen auf, an regionalen und bundesweiten Aktivitäten teilzunehmen und diese zu initiieren:

- > für Abrüstung statt Sozialabbau
- > für starke Ostermärsche
- > für die Intensivierung der Unterschriftensammlung des „Berliner Appells“ gegen die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen
- > für einen massiven Widerstand gegen die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ – die nichts weiter ist als eine Verharmlosung des Kriegsdienstes, auf den sie vorbereiten soll
- > für die Widerlegung der Bedrohungslüge, dass der Russe uns überfallen will, mit Fakten

Bundesausschuss Friedensratschlag – 9.11.2025 (Auszüge)

Gottes mächtigstes Land

Seite 3 bis 6

Quelle: Nachdenkseiten vom 10.12.2025

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=143409>

Fußnoten:

- [1] National Security Strategy of the United States of America, Washington, The White House, November 2025
- [2] Genaueres auch zum Folgenden siehe Werner Rügemer: Verhängnisvolle Freundschaft, 4. aktualisierte Auflage, Köln 2024, Seite 12-89
- [3] 'Imperial Israel' in the New Middle East, New York Times 28.11.2025
- [4] Fact Sheet: President Donald J. Trump Solidifies Economic and Defense Partnership with the Kingdom of Saudi-Arabia, The White House November 18, 2025
- [5] Bridge Summit Looks to Become the Largest Cross-Sector Media Event in the World, New York Times 28.11.2025
- [6] Trump unterstützt Milei mit 20 Milliarden Dollar, amerika21.de 14.10.2025
- [7] USA verdoppeln Belohnung für Festnahme Maduros, tagesschau.de 8.8.2025
- [8] Begnadigung durch Trump – Honduras Ex-Präsident aus Gefängnis entlassen, Der Spiegel 2.12.2025
- [9] Why is the UAE involved in Sudan's bloody war? middleeasteye.net 4.11.2025
- [10] How many wars has President Trump really ended? bbc.com/news 15.10.2025
- [11] Trump bei UN-Vollversammlung. Eine Rede voller Falschbehauptungen, tagesschau.de/faktenfinder/trump-rede-un-100.html 24.9.2025
- [12] Werner Rügemer: Trump's „America First“ – A Change in US Strategy, World Marxist Review 2/2025, dx.doi.org/10.62834/8j5fth62

Das "Trump-Korollar" zur Monroe-Doktrin und der Raub an Venezuela

Seite 7

Quelle: amerika21 vom 28.12.2025

<https://amerika21.de/analyse/279943/das-trump-korollar-zur-monroe-doktrin>

Deutschland und die EU: Rückschläge, Rüstungsmilliarden und Sanktionen

Seite 10 und 11

Quelle: German Foreign Policy vom 22.12.2025

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10246>

Fußnoten:

- 1] The Launch of "Strategic Partnership Framework between Japan and MERCOSUR". mofa.go.jp 20.12.2025.
- [2] S. dazu [Die neokoloniale Doppelrolle](#).
- [3] S. dazu [Der Notstandsparagraph der EU](#).
- [4] Heike Anger, Michael Maisch: Welche Folgen der Zugriff auf russische Vermögen hätte. handelsblatt.com 18.12.2025.
- [5] Lara Finke, Florian Manthey, Egbert Sass, Jörg Fleischer: Im Parlament bewilligt: Rüstungsgüter im Gesamtwert von knapp 50 Milliarden Euro. bmvg.de 18.12.2025.
- [6] Klingbeil stimmt Bürger auf Sparkurs ein. spiegel.de 18.12.2025.
- [7] Chris Lunday, Jacopo Barigazzi, Laura Kayali, Paul McLeary, Jan Cienki: Germany's rearmament upends Europe's power balance. politico.eu 12.11.2025.
- [8], [9] Manuel Bewarder, Florian Flade: Spionage, Sabotage – brisanter Entwurf zum BND-Gesetz. tagesschau.de 18.12.2025.
- [10] Philip Tassev: Vor Gericht wegen Bundeswehr-Kritik. junge Welt 19.12.2025.
- [11] Philippe Reichen: „Sprachrohr“ Russlands – warum die EU einen Schweizer blockiert. srf.ch 19.12.2025.
- [12] Regierungspressekonferenz vom 17. Dezember 2025. bundesregierung.de.

Der Skandal um Jacques Baud

Seite 11

Quelle: Nachdenkseiten vom 23.12.2025

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=144135>